

# Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

**Verlagspreis** halbjährlich 1 Mark einschließlich Beleggeld, bei Selbstabholung 20 Pfennig. Geldsende unbedingt leibhaftig und zwar mitlagend, mit Anweisung an den Verleger, anzuweisen 50 Pfennig. Abgabensitz ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen in bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. **Redaktion:** Wernigerode, Postfach 48. **Verlag:** Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, W. u. M. S. Verantwortl. für Inhalt u. Wirtschaft Kurt Mollenhuth, für den übrigen Teil Richard Mattheis, für Redakteur u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

**Anzeigenpreis** die achtspaltige Kolonnenzeile oder deren Raum für 14 Tagen an Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamespalt 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abgabensitz ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen in bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. **Redaktion:** Wernigerode, Postfach 48. **Verlag:** Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, W. u. M. S. Verantwortl. für Inhalt u. Wirtschaft Kurt Mollenhuth, für den übrigen Teil Richard Mattheis, für Redakteur u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Nr. 305.

Freitag, 30. Dezember 1927.

2. Jahrgang.

## Steht gerüstet, seid bereit!

Die Neuwahlen künden sich an.

In den letzten Tagen hat sich in der Berliner Presse wieder eine Debatte über den Termin der Neuwahlen zum Reichstag entworfen. Dabei zeigte sich, mit welcher Angst die Deutschnationalen den Wahlen entgegensehen. Sie selbst sind von ihrer katastrophalen Niederlage festeste überzeugt und mühen deshalb die Wahlen möglichst weit hinauszuheben — wenn es ginge, überhaupt nicht wählen lassen. Aber festlich bestimmen sie nicht darüber allein. Die Festlegung des Wahltermins richtet sich letzten Endes nicht nach der Wahlansicht der deutschnationalen Katastrophenpolitiker, sondern nach den politischen Notwendigkeiten — und die sprechen dafür, daß der gewöhnliche Wahltag im Frühjahr oder im Frühjahr am besten sein Ende erreicht.

Die „Tägliche Rundschau“ hat heute morgen in diesem Zusammenhang mit, daß sich der Außenminister Stresemann bereits im Auswärtigen Aufseher über die Bedeutung des Termins der Reichswahlen ausgesprochen habe. Dabei sei niemals davon die Rede gewesen, daß die deutschen Wahlen vor den französischen Wahlen liegen sollten, wohl aber davon, daß es wünschenswert sei, zur Regelung mancher außenpolitischer Angelegenheiten nicht im entscheidenden Moment nach den Neuwahlen zu stehen, wodurch die Aktionsfähigkeit einer Regierung naturgemäß international behindert werde. Im übrigen, so erklärt die „Tägliche Rundschau“, dürfte anzunehmen sein, daß das Kabinett, nachdem die Minister wieder in Berlin eingetroffen sein werden, sich mit der Frage der Neuwahl beschäftigen dürfte.

Die Sozialdemokratie ist vor Liebererwartungen geschützt. Sie steht gerüstet da, um sofort den Kampf zu führen. Je länger aber die „nationalen“ Parteien die Entscheidung hinauszögern, um so schärfer wird die Abrechnung sein.

## Neue Welle der Erwerbslosigkeit.

Wieder eine Million Arbeitslose.

Die Arbeitslosigkeit hat in der ersten Hälfte des Monats Dezember weiter zugenommen, wobei die starke Kälte und die dadurch bedingte Unterbrechung fast jeglicher Außenarbeit eine große Rolle spielte. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung liegt von rund 605 000 am 30. November auf 831 000 am 15. Dezember, also um 226 000 oder 37,4 v. H. Der Zuwachs entfällt in der Hauptsache auf die männlichen Arbeitslosen, deren Zahl von rund 507 000 auf 709 000, also um 202 000 zunahm. Bei den weiblichen Arbeitslosen betrug die Steigerung nur 24,4 v. H. Die Zahl der Arbeitslosenfüßen nahm im gleichen Zeitraum um rund 24 000 (von 147 000 auf 171 000) oder 16,3 v. H. zu. Die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen ist somit von 750 000 auf rund 1 Million gestiegen (davon 150 000 Frauen). Die Zunahme beträgt also insgesamt rund 250 000 oder 33,3 v. H.

## Befoldungsreform u. Lohnsteuer.

Von Paul Herp.

Die Beschlüsse des Reichstages zur Lohnsteuer stehen mit dem Wortlaut und dem Sinn der Leg Brünning in großem Widerspruch. Das wird von niemand ernsthaft bestritten. Die Rechtsposition behauptet jedoch, unter dem Zwang der Länder gezwungen zu haben, denen die Vorlage der Reichsregierung noch zu weit gegangen sei. Auch die Sozialdemokraten in den Länderregierungen seien im Gegensatz zu ihren Befolgungsfeinden im Reichstag gegen die Erfüllung der Leg Brünning gewesen. Diese Behauptung ist falsch. Es gibt keine Länderregierung in der die Sozialdemokratie eine Mehrheit hat. Nur in einem einzigen Lande (Mecklenburg-Schwerin) stellt sie den Finanzminister. Im übrigen haben die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung sich für die lokale Erfüllung der Leg Brünning eingesetzt, bleiben aber in der Minderheit. Die Entschiedenheit des Reichstages gegen die Leg Brünning ist also nicht auf sozialdemokratischen Einfluß zurückzuführen.

Die Länder waren stets aus fiskalischen Gründen Gegner der Beschränkung des Ertrags der Lohnsteuer. Sie erhielten nach dem Finanzausgleich 75 Prozent der Einnahmen aus der gesamten Einkommen- und Körperschaftsteuer. So höher deren Ertrag ist, um höher sind die Liebererwartungen, die sie aus der Reichskasse erhalten. Sie widersetzten sich jeder Beschränkung ihrer Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Das haben sie auch anlässlich der Befoldungsreform getan. So verständlich die Sorge der Länder für die Aufbringung der Mittel für die Befoldungsreform auch ist, so wenig Verständnis kann man dafür haben, daß die Kosten dafür den wirtschaftlich Schwachen aufzuerlegen werden sollen. In den ersten Verhandlungen des Reichstages hat die Zentrumspartei den gleichen Standpunkt eingenommen. Ihr Redner erklärte es für unerträglich, einen Teil der Kosten der Befoldungserhöhungen durch die Lohnsteuer zu decken.

Trotzdem hat man es getan. Der Reichsfinanzminister Dr. Brüning hat zwar bestritten, den Ländern zugelegt zu haben, daß sie den Mehraufwand der Befoldungsreform durch erhöhte Einnahmen aus der Lohnsteuer decken können. Sein tatsächliches Verhalten aber widerpricht dem. Am 20. März 1926 hat er 1 200 Millionen an Lohnsteuer eingeführt, also 100 Millionen mehr als die Leg Brünning gefordert. Zunächst wird sie einen noch größeren Ertrag liefern. Dadurch hat man den Widerstand der Länder gegen ein behelfendes Reichsgesetz als berechtigt anerkannt. Ebenfalls scheint die späte Einbringung des Gegenentwurfs über die Lohnsteuer auf der Erwägung beruht zu haben, daß durch diese Maßgabe die Befoldungsreform nicht gestört werden dürfte. Auffällig ist auch, daß die Länder die ursprünglich mit großer Energie vertretene Forderung auf Abänderung des Finanzausgleichs stillschweigend fallen gelassen haben. Selbst Bayern hat das getan, obwohl es behauptet hatte, daß die Befoldungsreform mehr als finanziell zugrunde gerichtet, wenn keine Abänderung des Finanzausgleichs erfolge. Zur Erklärung für diese auffällige Schwächung Bayerns hat der Führer der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei, Abg. Reichert, vor einigen Tagen auf dem Parteitag darauf hingewiesen. „Die Arbeitsgemeinschaft mit dem Zentrum habe bereits in den letzten Wochen für Bayern ihre Gründe getragen, so bei der Leg Brünning“. Das ist das bewußte Eingeständnis, daß eine Abrede bestand, nach der wenigstens ein Teil der Kosten der Befoldungserhöhung von den Lohnsteuerzahlern getragen werden sollte.

Die Länder aber haben die Ausföhrung der Leg Brünning auch bekämpft, weil sie die Finanzkraft der Länder und Gemeinden gefährde. Aber auch dieser Standpunkt ist unhaltbar, solange man nicht die Leg Brünning überhaupt beilegt. Besteht dieses Gesetz, so haben die Lohnsteuerzahler einen Rechtsanspruch auf seine Ausführung, also auf die Begrenzung des Gesamtertrages von 1 200 Millionen jährlich. Nichts anderes wollte der sozialdemokratische Antrag erreichen. Durch die von ihm vorgeschlagene Erhöhung des steuerfreien Betrages wäre keine Verminderung der Lohnsteuerlast eingetreten, sondern nur ihre Anpassung an die veränderten Preise- und Lohnverhältnisse. Die Erhöhung der Lohnsteuer über 30 März 329 Prozent, die Erhöhung der Einkommen- und Körperschaftsteuer, die Erhöhung der Einkommensteuer, sondern nur der Ausgleich für die Erhöhung der Kosten der Befoldung. Trotzdem ist in dieser Zeit die Befoldung der Lohnsteuer durch die Lohnsteuer nicht nur abfolat, sondern auch relativ gestiegen. Am Durchschnitt beträgt diese Erhöhung ein Prozent des Lohnes. Durch den sozialdemokratischen Antrag sollte lediglich in völliger Übereinstimmung mit dem Grundgedanken der Leg Brünning diese ungewollte Erhöhung der Steuerbelastung rückgängig gemacht werden.

Gerade dagegen aber mehren sich die Länder. Sie behaupteten, eine Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages sei unerträglich, weil sie weitere Millionen gering beabsehbarer Steuerpflichtiger steuerfrei mache. Dieser Einwand ist ebenfalls abwegig. Seit Januar 1926 sind durch die Erhöhung der Nominalhöhe Millionen Arbeitnehmer, die damals infolge von niedriger Einkommensteuer frei waren, steuerpflichtig geworden. Nach der Statistik der Invalidenversicherung waren im Januar 1927 von je 100 Wohnverpflichteten in der Lohnsteuer 6 Wohnverpflichteten über 30 März 329 Prozent, im Oktober 1927 aber 43,7 Prozent. Allein in den zehn Monaten des Jahres 1927 — für 1927 liegen keine Zahlen vor — sind also fast 11 Pro-

## Die französische Partei rüstet zum Wahlkampf.

Der zweite Tag des außerordentlichen Parteitag der französischen Sozialisten war mit der Diskussion des Programms ausgefüllt. Neben lebenswichtigen Auseinandersetzungen über die außenpolitischen Forderungen der Partei galt fast vor allem dem Problem des Wahlkampfes.

Partei und Gewerkschaften.

In Frankreich, der Heimat des revolutionären Syndikalismus, herrschte bis in die jüngste Zeit eine fast ungetrübte Zusammenarbeit zwischen dem Gewerkschaftsbund und der Sozialistischen Partei. Man wird sich daran zurückführen dürfen, daß die eigentliche Gewerkschaftsarbeit im Vergleich zu den Leistungen der mitteleuropäischen oder der englischen Organisationen geringere Erfolge aufzuweisen hatten als die politische Propaganda. Die von den Kommunisten herbeigeführte Spaltung der Partei und des Gewerkschaftsbundes hat nun in dieser Hinsicht eine bemerkenswerte Folge gehabt. Während die Sozialistische Partei durch die Spaltung fast geschwächt wurde, hat der französische Gewerkschaftsbund alle jene produktivsten oder anerkanntesten Elemente an die kommunistischen Gewerkschaftsverbände verloren, wobei er zwar zahlenmäßig geschwächt, aber in seiner Aktionsfähigkeit gestärkt wurde. Heute hat die CGT ihre Stellung so weit befestigt, daß sie, ohne auf Widerstand zu stoßen, eine gewisse Unabhängigkeit von der ihr weiterhin nachstehenden Sozialistischen Partei manifestieren kann. Sie hat das mit großer Deutlichkeit in ihrem unmissverständlich veröffentlichten Programm getan, das neben rein gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen und politischen Forderungen allgemeiner Natur enthält. Die Kadrate Partei Frankreichs hat dieses Programm ohne Einschränkung für die kommenden Wahlen akzeptiert, während die Sozialisten es als Handlung der Arbeitergewerkschaften nur registrierten.

Die Diskussion über die Fragen ergab nun, daß die Mehrheit der Sozialistischen Partei es ablehnt, das von der CGT aufgestellte Programm zu übernehmen, weil sie — wie Symonist ausführte — nicht zulassen kann, daß der revolutionäre Sozialismus in Frankreich durch eine Bewegung erstickt wird, die den Gewerkschaftsgeboten im bürgerlichen Staat verstoßen will.

Am Mittwoch begann der Kongress die Debatte über die Taktik der Partei

bei den bevorstehenden Wahlen. Die meisten Delegierten forderten, daß die lokalen Verbände weitgehende Handlungsfreiheit gewährt werde, da sie wohl am besten darüber entscheiden könnten, welcher Kandidat die größte Aussicht habe, den reaktionären Gegenkandidaten aus dem Felde zu schlagen.

Es standen sich dabei drei Thesen gegenüber. Der Abgeordnete Renaudie sprach sich unvorbehaltlich für die Wiederherstellung des Einparteiens aus, schon jetzt müßte man mit der Kadrate Partei in Verhandlungen eintreten, um sich über eine gemeinsame Taktik zu verständigen beim zweiten Wahlgang klar zu werden. Das dabei auch die Frage der Beteiligung der Sozialisten an einer Vorkandidatur gerückt werden müßte, ist selbstverständlich, zumal es im Interesse des französischen Einparteiens notwendig ist, das Kabinett der nationalen Einheit nach den Wahlen zu stürzen.

Der Führer des linken Flügeligen Symonist, trat dagegen für eine „Einheitsfront des Proletariats“ ein und befürwortete eine gemeinsame Wahlfront mit den Kommunisten. Lebas verlangte für mehrere Ortsgruppen des nordfranzösischen Industriegebietes, daß die sozialistische Partei den Wahlkampf leibhaftig führe und überhaupt kein Wahlbündnis einginge. Der Generalsekretär Paul Bouré schloß die Debatte mit der Erklärung, daß man im Laufe

des Donnerstag förmlich eine einstimmige Stellungnahme hinsichtlich der Wahltaktik erreichen werde.

Die „Entfaltung“ eines Delegierten über das angebliche Angebot einer Parteivereinigung, das Wahlbündnis der Partei mit dem „Populaire“ herbeizuführen, löste bei den Kongreßteilnehmern allgemeine Heiterkeit aus.

## Es bleibt beim alten.

Das Erfahrungswort der Reichswehr.

Am 16. Dezember 1926 hat der gegenwärtige Reichstanzler Dr. Marx in Erwiderung auf eine Rede des Reichstagsabgeordneten Scheidemann im Reichstag eine Erklärung über das Erfahrungswort im Jahre abgegeben. In ihr heißt es u. a., daß zurzeit geprüft wird, ob und inwieweit Veranlassung vorliegt, Veränderungen der für das Erfahrungswort geltenden Bestimmungen vorzunehmen. Ein ganzes Jahr lang hat man dann geprüft, und geprüft oder wenigstens so getan, bis jetzt endlich die schon vor 12 Monaten angestrebte Verordnung über die Speeresergänzungsbestimmungen das Licht der Welt erblickt hat.

Eine schwere, aber gleichzeitig miserabile Geburt! Im großen und ganzen ändert sich nach der neuesten Verordnung im Vergleich zu den bisherigen Bestimmungen über das Erfahrungswort nichts. Die entscheidende Prüfung bei der Werbung stellt nach wie vor der Kommandant des Regiments, der Kapitän Kolbe. Die zivilen Verwaltungsbeschörden sind nicht einmal als beratende Instanz in der Werbung erwähnt, obwohl Marx schon vor 12 Monaten eine entsprechende Maßnahme in Aussicht stellte. Ausgeschlossen von der Werbung sollen nur Personen sein, denen man schon vor 12 Monaten auf weiß nachweisen kann, daß sie an Bestrebungen zur unerlaubten Änderung der Verfassung beteiligt waren. Jeder Kopffist, der also ähnlich wie Ludendorff im März 1920 nur zufällig am Brandenburger Tor war, hat danach das Recht, sich um den Eintritt in die Reichswehr zu bewerben. Die deutsche Reichswehr eine Verankerung des Reaktionärentarifs für alle feindlichen Parteien bei der Entscheidung über die Werbung nicht ausschließen, ist, vermag nach wie vor jeder kleine Kopffist und Mitleidende in der Reichswehr einzutreten. Die neuesten Bestimmungen des Herrn Geßler sind also nicht besser, sondern eher noch schlechter als ihre Vorgänger.

Marx und Geßler haben zwar im eigentlichen Sinn ihr Wort verpönt — aber was befragt das bei ihnen. Schließlich ist aber noch nicht aller Tage Abend.

## Ausnahmetarif für Steinkohlen.

Die deutsche Reichsbahn führt, wie amtlich mitgeteilt wird, am 1. Januar 1928 einen neuen Ausnahmetarif für die Ausfuhr niederdeutscher Steinkohlen nach der Tschechoslowakei ein. Der ermäßigte Tarif tritt nur dann in Kraft, wenn eine Mindestmenge, für das ganze Jahr berechnet, verfrachtet wird. Die Verfrachtung macht ungefähr 20 Prozent aus. Zuvor hat die deutsche Reichsbahn eine Herabsetzung des Rückentarifs für die Verfrachtung niederdeutscher Steinkohlen nach dem Ostseegebiet vorgenommen. Angewandt beträgt die Frachterhöhung für den Versand von Niederdeutschen nach dem Ostseegebiet 5 bis 11 Prozent. Bei der Herabsetzung des Rückentarifs handelt es sich einmal um eine Hilfsmaßnahme für das wirtschaftliche Revier, des anderen um eine ausgleichende Maßnahme gegen den Import englischer Kohle, die in den letzten Wochen auch in den Ostseegebieten ständig zugenommen hat.

gent der Vollverpflichteten in die Lohngruppen hineingewaschen, bei denen die Steuerpflicht beginnt. Wichtig ist die Ermittlung bei der Angestelltenverteilung. Hier hatten im Januar 1927 nur 55,5 Prozent, im Oktober 1927 aber schon 84 Prozent der verpflichtenden Angestellten ein Einkommen von über 100 Mark monatlich. Es besteht also gar kein Zweifel, daß bis Ende 1927 etwa zwei bis drei Millionen Lohnbesitzer steuerpflichtig geworden sind, die Anfang 1926 noch steuerfrei waren. Würde also jetzt eine Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages erfolgt sein, so würde die Zahl der Lohnsteuerpflichtigen immer noch mindestens so groß bleiben wie im Anfang 1926 war.

Dieser Tatbestand ist umso wichtiger, weil er in einem innigen Zusammenhang mit dem Sinken des steuerfreien Existenzminimums steht. Alle modernen Staaten verziehen aus sozialen Erwägungen auf die Befreiung der unteren Einkommen. Ueberall anerkannt, daß die Steuer nicht erst beginnen dürfte, wenn das Einkommen ein gewisses Existenzminimum überschritten hat. Diesen Standpunkt haben Reichsregierung und Länder vollständig verlassen. Sie haben erzwungen, daß Millionen Lohnbesitzer, denen sie früher die Steuerfreiheit zuerkannt hatten, nun der Steuerpflicht unterworfen werden. Die Abhebung jeder Erhöhung des Existenzminimums führt also zum Abbau des sozialen Existenzminimums, da mit fortschreitender Preis- und Lohnentwicklung der Kreis der Lohnsteuerpflichtigen immer mehr zusammenfrömpft.

Die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums aber ist um so notwendiger, weil gerade die kleinen Einkommen von den Aufsteuern am allerheftigsten befallen werden. Jolle und Verbrauchssteuern wirken um so drückender, je geringer das Einkommen ist. Die Jolle allein bedeuten für eine vierköpfige Familie eine Reichssteuer von etwa 180 Mark jährlich. Solange man diesen Zustand nicht ändert, die Verbrauchssteuern und Jolle nicht vollständig befreit, können also die kleinen und kleinsten Einkommen nicht ohne zur Lohnsteuer herangezogen werden wie hohe Einkommen. Obwohl dieser Standpunkt auch vom Zentrum als durchaus richtig anerkannt worden ist, ist er bei der Neuverteilung der Lohnsteuer preisgegeben worden. Die Berücksichtigung der Interessen der Länder, die Bindung des Zentrums gegenüber dem Reichsfinanzminister und der Bayerischen Volkspartei, haben zu einer Preisgabe wichtiger sozialer Interessen der Lohnbesitzer geführt.

## Industrie und Dawesvertrag.

Auf Grund des Industriebelastungsgeföhes hat die deutsche Industrie 5 Milliarden zu verzinzen und zu amortisieren (Hilgen). Für die Zeit vom 1. Sept. 1925 bis 31. Aug. 1926 machte die Verzinsung 2,5 Prozent aus. Sie steigerte sich ab 1. Sept. 1926 auf 5 Proz., wozu am 1. September 1927 eine Tilgung (Amortisation) in Höhe von 1 Proz. trat. Der Zinsfuß stellt sich demnach für das laufende und für die kommenden Jahre auf 6 Proz. An dem Bericht Parter Gilberts wird die tatsächliche Belastung auf rund 8 Prozent der Betriebsgewinne geschätzt. Abgesehen von der deutschen Industrie über die Bank für Industriefinanzierungen im Jahre 1925-26 125 Millionen Mark und im Jahre 1926-27 rund 250 Millionen Mark. Der in Zukunft zu leistende Normalbetrag stellt sich pro Jahr auf 300 Millionen Mark.

Der Reichsfinanzminister hat jetzt einen Runderlaß an die Landesfinanzämter herausgegeben, der sich mit der inneren Verteilung der Industriebelastung befaßt; es wird gemäßigteren ein Besatzungsstellenliste aufgestellt. Danach sind die Belastungen für das Jahr 1927 und das Jahr 1928 auf Grund der Vermögensverhältnisse der Betriebe gleichmäßig und einheitlich festzusetzen. Als Zahlungstermin für den ersten Teil der Zahlungsfähigkeit werden die Steuerpflichtigen im Laufe der beiden nächsten Monate zugehen. Gegen den Zahlungsbefehl kann Berufung beim Finanzgericht bzw. Reichsfinanzhof eingelegt werden.

## Waffenlager in Kirchen.

Bayerische Offenheit.

Der „Bayerische Beobachter“ hat der Bayerischen Volkspartei und ihrer Presse höflich in die Suppe gespuht. Zu den Verleumdungen das Waffenlager in der Michaelskirche in München als bedeutungslos und legal hinzuzufügen, schreibt er: „Gottlieb hat es eine Zeit gegeben, in der nicht nur ein, sondern mehrere Kaiserreiche und kirchliche Würdenträger in Bayern sich in sehr unglücklicher Stimmung erklärt haben. Die Parteien der Bayerischen Volkspartei an geeigneten Orten einzulagern, um sie der Schamhaftigkeit und dem Verrat der Helfershelfer und Agenten der feindlichen Militärkontrolle zu entziehen. U. W. fragen Sie dabei nicht lange danach, ob es sich um legale oder illegale Waffen handelt. Im Interesse dieser prächtigen Leute unter den katholischen Geistlichen muß die Feststellung gegenüber der unheimlichen Darstellung des bayerischen Volksparteiblattes mit aller Deutlichkeit gemacht werden.“

Das ist ein interessantes Gehändnis! Die Veröffentlichungen der Bergengruppe über Waffenlager in bayerischen Kirchen und Klöstern werden damit von zufälliger Seite bekräftigt. Es wird interessant sein, ob die Staatsanwaltschaft die falsche Veröffentlichungen von links her für Landesrecht halten, auch in dieser Beziehung wird die „Bayerische Beobachter“ das Diktat des Landesverrats erleiden werden!

## Vorschufzahlungen für die Staats-Angestellten.

Zur Regelung der Vorschufzahlungen für Staatsangestellte in Preußen hat der Finanzminister neulich im Plenum des Staatsamters für die Finanzverwaltung folgendes bestimmt: Angestellte, deren Vergütung wenigstens nach dem 6. Grundverordnungs einer Vergütungsgruppe des preussischen Angestelltenrechts bemessen ist, erhalten zu den tarifmäßig berechneten Januar-Bezügen für den Monat geltende Vorschüsse wie folgt: Vergütungsgruppe 3 bis 5: 20 Mark, Bezüge: 10 Mark; Gruppe 6 bis 9: 20 Mark, Bezüge: 20 Mark; Gruppe 10 bis 12: 30 Mark; Gruppe 13 bis 15: 40 Mark, Bezüge: 30 Mark; Gruppe 16 bis 18: 60 Mark, Bezüge: 50 Mark. Zu den Vorschüssen tritt ein festlicher Sonderzuschlag. Die Vorschüsse sind halbjährlich mit den für Januar 1928 folgenden laufenden Bezügen auszugleichen, unterliegen wie die übrigen laufenden Bezüge dem Steuerabzug und sind bei Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge zu berücksichtigen. Angestellte, deren Vergütung nach einem der ersten 5 Grundverordnungs einer Vergütungsgruppe des preussischen Angestelltenrechts bemessen ist, erhalten für Januar keine Vorschüsse mehr. Zugewandte und nicht vollbezahlte Angestellte sowie Bezieher erhalten keinen Vorschuß.

## Auch ein Fachminister.

Der die Gehehe nicht kennt.

Der beifundationale Reichswehrminister Dr. H. C. Koch hat am 21. Dezember 1927 eine Verordnung zur „Abänderung der Betriebsverordnungen im Bereich der Deutschen Reichswehrangehörigen“ erlassen, die in verschiedenen Punkten ungeschicklich ist. So will er z. B. unter Berufung auf § 61 des Betriebsverordnungs-Gesetzes die Zahl der Betriebsverordnungen bei der Reichswehr vom 15. Mai auf den 15. Februar verlegen und damit die Amtsperiode der auf ein Jahr gewählten Betriebsverordnungen um drei Monate verkürzen.

Das Vorgehen des Reichswehrministers ist auf Anträge der Christlichen Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und des Christlichen Allgemeinen Eisenbahner-Verbandes zurückzuführen. Die Vertreter des Eisenbahnerverbandes haben bereits bei den Verhandlungen über diese Anträge auf ihre Ungeschicklichkeit hingewiesen. Die Betriebsräte der Reichswehr sind auf ein Jahr gewählt; ihre Wahlzeit läuft — trotz der Verordnung des Reichswehrministers — erst am 14. Mai 1928 ab. Der Einheitsverband der Eisenbahner dürfte dem Reichswehrminister deshalb Gelegenheit geben, seine in mehreren Punkten ungeschickliche Verordnung vor den Arbeitsgerichten zu verteidigen.

Der beifundationale Reichswehrminister war früher Vorstandsmittglied der Christlichen Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner. Während des Parteistandes hatte Herr Koch genug Gelegenheit gehabt, den geschicklichen Weg zur Veränderung der Wahlperiode der Betriebsverordnungen kennen zu lernen. Aber damals mußte er Betriebsräte zum Nutzen der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner an Arbeitgeberverbände schreiben. Mindestens hätte sich Herr Koch bei seinem Mitwirken an Dr. Brauns erlauben können. Er hätte dort erfahren, daß der Reichstag, dem er selbst seit Jahren angehört, ein sogenanntes Notgesetz beschließen hat, auf Grund dessen der Arbeitsminister eine besondere Verordnung erteilt, durch die die Arbeitsdauer der Betriebsverordnungen des besetzten Gebietes vorübergehend verlängert wurde. Auf dieser Verordnung unterließ sich Herr Koch die Benutzung des Hauptbetriebsrates der Reichswehr.

Es wird allmählich höchste Zeit, daß Herr Dr. Koch, dieser wertwürdige Arbeitervertreter aus dem Ministerleib, aus Amt und Würden verschwindet. Gelegenheit dazu haben die Eisenbahner bei den kommenden Reichstagswahlen.

## Auch Kamenew hinausgeworfen.

Weitere Ungruppierungen in Moskau.

Moskau, 20. Dez. (SB). Der bisherige Volkskommissar Lands in Rom, Kamenew,

ist mit Trotski und Sinowjew aus der kommunistischen Partei Sowjetrußlands ausgeschlossen und als dessen Folge jetzt von seinem Amt abberufen worden. Sein Nachfolger ist der bisherige Volkskommissar für das Bildungswesen,



Kamenew.

Dieser wiederum wird ersetzt durch den bisherigen Präsidenten der Tscheka, der angeblich von diesem Amt abberufen wird, weil er den Kampf gegen die Opposition nicht ganz so energisch durchgeführt hat, wie das von den leitenden Persönlichkeiten gewünscht worden sein soll. Man glaubt daher, daß die Leitung der Tscheka jetzt einer Personifikation aus der engeren Umgebung Stalins übertragen wird.

## Auch ein Journalist.

Der Redakteur der rechtsstehenden „Braunschweiger Landeszeitung“, Herr Arndt Dohmann, hat eine sehr eigenartige Auffassung von journalistischem Ständebewußtsein. Er hat sich über die Stellungnahme der „Germania“ zur Ablehnung eines neuen Panzerzuges durch den Reichstag äußert und dabei seine frommen Wünsche für die Redaktion der „Germania“ öffentlich ausgesprochen:

„Aus dieser Entgleisung des Berliner Zentrumsorgans erhellt man, daß auch die Parlamentarier schon vielfach in die Weltanschauung eingegangen sind und daß vor allem der preussische Zentrumsoberkommande o. B. e. n. der politische Richtung der „Germania“ in gutem Sinne zu bestimmen pflegt, Berlin bereits verlassen“

## Der Wahnsinn von 1923.

III. Der Schutz des Staates gegen rechtswidrige Angriffe ist Sache der Justizbehörden, vor allem der unabhängigen Richter der Strafgerichte. Sie hätten zu urteilen ohne Ansehen der Person. An der Behandlung der hochverräterischen Angriffe gegen Reich und Land von 1923 haben sie in Bayern versagt, vom Justizminister angefangen bis herunter zum kleinsten Landgerichtsrat. Der Untersuchungsabschuß des Bayerischen Landtages hat die Der Öffentlichkeit schon bisher bestimmten Tatsachen in wesentlichen Zügen ergänt.

Die Hilseliste waren am 1. Mai 1923 in die Kassen der Reichswehr eingezogen und hatten bereits 25 Millionen aller Reichsmark, um nach einem nach vorbereiteten Plan ein Aufbruch unter der Münchener Arbeiterklasse anzukündigen. Im einzelnen Strafverfahren verurteilt Justizminister Günther dem Staatsanwalt die Anklage zu erheben, weil sich die politische Lage in Bayern „so oder so“ bald ändern müßte und ließ dann die Gänge im Mai 1924 auf Grund der neuen Eminger-Notelle einstellen.

Als die Angeklagten im großen Hilsler-Prozess vom Reichsgericht München für ihre Hilslerstraßen Bewährungsfrist in Aus-

bot. Hoffen wir, daß er mit einem ordnen Bafel be-mäßigt recht bald zurückkehrt.“  
Arme Schäfer, der Herr Dohmann und seinesgleichen, die mit dem Bafel des Schulmeisters vom Schulungsleiter die politische Überzeugung gebracht erhalten. Seine Regierung aber sollte mandem im Zentrum über die Tendenzen in der Zentrumspresse zum Nachdenken veranlassen.

## Der indische Freiheitskampf.

Demokratie gegen England.

London, 28. Dez. (Eig. Drohst). Der Hauptauschuß des „Unabhängigen Nationalkongresses“ hat eine Resolution angenommen, die zu einem völligen Boykott der Arbeiten der indischen Verfassungskommission in allen Wahlen ihrer Arbeit auffordert. Die Resolution empfiehlt, sich an keinerlei Wahlen zu beteiligen, die im Zusammenhang mit den Arbeiten der Verfassungskommission vorgenommen werden sollten. Außerdem fordert die Resolution alle zu einem „maral“, d. h. einem einseitigen Streik am Tage der Ankunft der englischen Kommission in Indien auf.

Außerdem wird aus Indien gemeldet, daß eine aus allen indischen Parteien zusammengesetzte Konferenz einberufen werden soll, um eine „Verfassung Indiens“ auszuarbeiten. Da der Mangel einer einheitlichen indischen politischen Willensbildung hinsichtlich der zukünftigen Gestaltung ihres eigenen Landes eines der Hauptprobleme aller Engländer bildet, die Indien unter britischer Oberherrschaft zu halten wünschen, so eröffnet diese Konferenz die Perspektive auf eine völlig neue Epoche im Freiheitskampf Indiens. Der gegenwärtige Zustand der durch Reformate und teilweise Selbstregierung gemilderten Unterdrückung ist nur solange möglich als Großbritanien gegenüber Indien eine Politik des „divide et impera“, d. h. des Ausplünderens der einen indischen Gruppe gegen die andere mit Erfolg zu betreiben vermag. Ist Indien selbst einmal über die Grundlagen und die Richtung seiner politischen Entwicklung einig und übernimmt es den inneren Antagonismus religiöser Natur, der in der Vergangenheit festliche gemeinsame indische Willensbildung unmöglich gemacht hat, so wird London, und damit der anglo-indische Verwaltungsapparat mit dem englischen Militärorganisations in Indien zum Rückzug auf der ganzen Linie gezwungen sein. So trat sich der britische Imperialismus gerade heute in Indien auswirken mag, so wird doch niemand, der die Stimmung der maßgebenden Kreise Londons kennt, davon zweifeln können, daß die Londoner Politik niemals den völlig ausichtslosen Versuch machen würde Indien gegen den geschlossenen und einen Willen der indischen Bevölkerung mit Feuer und Schwert in Unterdrückung zu halten.

## Hungersnot in China.

Die Millionen Menschen am Verhungern.

Peking, 28. Dez. Europäer in Schantung bestätigen die Meldung der Gesellschaften zur Linderung der Hungersnot, daß vier Millionen Menschen nahe am Verhungern sind. In 35 Bezirken von der 107 Bezirken der Provinz Schantung sind weniger als 10 Proz. der Ernte tatsächlich eingebracht worden, in 20 anderen Bezirken zwischen 10 und 40 Prozent. Ein großer Teil der Bevölkerung leidet bereits von Baumrinde und Spreu. Der schlimmste Punkt ist noch nicht erreicht. Früher wohlhabende Bauern verschleudern ihre Viehstände für geringfügige Beträge, um auszumachen. Die Botschaften geben der Dürre und dem Viehsterben, die Schuld an der Hungersnot, wie die Europäer erklären, ist aber hauptsächlich auf den Bürgerkrieg, das Banditenum und die drückende Besteuerung zurückzuführen. Es besteht keine Hoffnung, in China selbst ausreichende Geldmittel aufzubringen, um große Massen der Bevölkerung vor dem drohenden Tod zu retten. Hilfe vom Ausland wird dringend gebraucht. Die Truppen und die Banditen verschärfen noch die Notlage im Hungerbezirk und machen es dabei unmöglich, großgehende Hilfskommissionen unter ausländischer Leitung durchzuführen, wie etwa den Bau von Straßen und Kanälen. Wichtigste Bedürfnisse herrschen in Zusammenhang mit indischen Hilfe, so nur 20 Proz. der Ernte eingebracht werden konnten.

Der Terror in Kanton.

London, 28. Dezember. „Times“ meldet aus Hongkong, daß General Fitzgibbon mit den Kanton-Truppen Samarkand gewonnen hat und gegen Kanton vordrückt. In Kanton selbst hätten sich einige Straßen ereignet. Dreißig angebliche Bolschewiken, zum großen Teil Frauen, wurden verhaftet und hingerichtet.

Regierungsrat Käse Rosenheim. Früher Käse Rosenheim, die seit 1919 unter den Ministern Hein, Seering und Oreginalist das politische Sekretariat beim preussischen Minister des Innern innehat, wird auf diesem vereinstimmigen Beschlusse für ausgesetzt be-mäßig, ist zum Regierungsrat ernannt worden. Regierungsrat Käse Rosenheim ist übrigens die Tochter des bekannten Berliner Arztes Professor Rosenheim.

Arbeiter in Belgien ertrunken. Eine noch unbekannte Anzahl von Arbeitern der Zinkwerke Rouelle Montagne bei Huy an der Mosel sind im Strome ertrunken. Als sie am Mittwoch morgen auf dem Wege zur Arbeitstelle den Strom in einer Föhre überqueren wollten, wurde die Föhre von den Wellen ergriffen. Alle Mitfahrenden kamen um. Als man das umgefallene Boot vom Ufer aus bemerkte. Kommanden sich noch drei Insassen verzweifelt daran, verschwand aber auch bald in dem eiskalten Wasser. Bisler konnte kein Schwimmer geborgen werden.

„Die Absicht des Angeklagten ist zweifellos eine gute gewesen“ und gab ihm volle Bewährungsfrist. Einem Großteil der Angeklagten, die bei der Zerstörung und Plünderung des sozialdemokratischen Organs in München teilgenommen und sich bei der Durchsuchung der Wohnung des Abgeordneten Luer ungewöhnlich ruhig und gemäßigt benommen hatten, wurde vom Gericht die „laute Zeugnisscheinung“ befohlen. Der bekannte Gegner der Finanzschöpfung, Sieder, hatte als Leiter des „Finanzkomitees“ der Nationalregierung wichtige Bankengänge verwaltet, jede Veränderung der Bankguthaben unter Strafe gestellt, sein eigenes Aktienkapital am Montag vor dem Reichstag allerdings mäßig abgehoben und vor Gericht das Gehältnis gemacht. „Ich war mir selbstverständlich klar darüber, daß meine Verfügung einen Regierungsschritt darstellte.“ Das Gericht verurteilte ihn zu 50 Geldmark wegen Amtsanmaßung (!) und sprach aus: „Man kann die Maßnahme nicht anders als vernünftig und der Sorge für das Vaterland entprechend, bezeichnen.“ Der Geschäftsführer des „Pfälzischen Arbeiter“ Max Amann, der im Auftrag Sieders unter Generalanwendung und Drohungen Räume für die Nationalregierung beschlagnahmt hatte, der sich gegen den verurteilten Amtsinhaber frech benommen und einer der durchdringlichsten Fremde Sieders war, erhielt vom Gericht folgendes Zeugnis ausgesprochen: „Die Beschlagnahme von Räumen stellt ein Verbrechen der Beihilfe zum Hochverrat nicht dar. Amann war (nach seiner Angabe) in das Unternehmen Sieders nicht eingeweiht. Als Zuhörer konnte er sich keine Meinung darüber bilden, ob und inwieweit die Vorgänge im Bürgerbräueller ein gemeinsames Verbrechen darstellten oder im Geholge hielten.“ Der Leberfall auf den Bürgerbräueller mit Hofmann, Wehren und die Befangnahme der bayerischen Regierung sind also für diese Gericht kein gewisses Verbrechen gewesen!

Ein Major, der für die Aufstellung ein großes Waffenlager der Reichswehr ausgemittelt hatte, erhielt volle Bewährungsfrist mit der förmlichen Begründung: „Der Angeklagte selbst ist an, daß die Bewaffnung erfolgt sei für einen möglichen Kampf auch gegen die Kommunisten. Die Nationalarmee war nach der Angabe des Angeklagten auch zur Verfügung im Winter bestimmt.“ Ein Hauptleutnant hatte im Auftrag Sieders mit 40 Mann unter Drohung mit Waffengewalt bei den Reichsbankdruckerien 28.000 Millionen Mark beschlagnahmt. Er erhielt volle Bewährungsfrist „mit Rücksicht auf die ehrenhafte Gesinnung, die dem Angeklagten bei seiner Tat geleitet hat.“ Der Angeklagte, Herr Dr. Minister Dr. Schwager und Wibelhofer ins Gebirge verschleppt und in der Gerichtsverhandlung bedauert hatte, daß sie von seinen Unterführern nicht länger festgehalten worden seien, erhielt für fünf Gehälter seiner Straftat ebenfalls Bewährungsfrist. Der Staatsanwalt führte in seiner Anschuldigung aus, daß der Gerichtsbefehl erzwungen den Eindruck, „das Gericht habe tatsächlich auf die Sicherung des Staates durch die Strafverfolgung verzichtet.“ Ein Angeklagter, der am Hülferpuls während der Festung war, der hernach eine verbotene Organisation trotz allem fortgesetzt hatte, die aus dem Gehältnis Briefe herausgemogelt und darin den Generalstaatsminister einen „Schweinehund“ genannt hatte, erhielt volle Bewährungsfrist. Der Staatsanwalt beschwerte sich dagegen und meinte, „das könnte zu aufgeführt werden, daß das Gericht der Verurteilung und dem Staat den geistlichen Schutz verweigert.“ Das Reichsgericht sandte den Angeklagten, die durch die bisherige gute Führung des Beurteilten und die Vermögensgründe der Tat gerechtfertigte Erwägung, daß demselben auch eine Verkürzung der Strafe nicht wohlverhät werden, wird durch die Tatsache, daß er vor seiner Verurteilung nach dem Scheitern des bodenverräterischen Unternehmens für die verbotene Reichsriegsflotte tätig geworden ist, nicht gestiftet.“

All das wird aber durch das Verhalten des Verurteilten in großen Prozessen, wenn möglich, noch in den Schatten gestellt. Einem Angeklagten, dem Reichsbankler fortwährend als Pleitegeier bezeichnet, weilt er mit dem Worten zurück: „Ein technischer Ausdruck wird das wohl nicht sein.“ Die „Reichsflotten“ Auberdoerf, der wie das Gericht in der Urteilsbegründung selbst feststellt, in Berlin eine Reichsminister auf „nicht ganz gewalttätigem Wege“ aufzuziehen wollte, preist der Vorlesung folgenden: „Das ist ganz praktisch, das wäre die aller-einfachste und richtigste Lösung.“

Die Aufhebung dieser Strafe von Justizlandes in Bayern hat auch bei den Angehörigen der gegenwärtigen Regierung eine große Enttäuschung hervorgerufen und Pressekreise weichen Desillusionationen und Vorwürfe verleiht. Inzwischen hat aber der Abg. Dr. Heim der Bayerischen Volkspartei auf deren Beteiligung in München kürzlich seine politischen Freunde ermahnt, die Auseinandersetzungen mit dem Justizminister „in verständlichen Formen zu führen.“ Das ist der gleiche Dr. Heim, der in den Jahren 1919 und 1920 die Verhandlungen mit den französischen Generalen wegen einer eventuellen Abtrennung Bayerns vom Reich geführt hat. Er hat alle Ursache, für die deutschlandischen Justiz in Bayern um mildere Umstände zu bitten, denn er selbst ist hier tief verstrickt!

### Kleine Chronik.

#### Wilhelm I. gegen die Todesstrafe.

Eine Hinstellung im Jahre 1856.

Unter der Leberstrafe Wilhelm I. gegen die Todesstrafe. Der keltische Fall eines Hofjuristen wurde kürzlich in einer Zeitung ein Fall berichtet, wonach zu Beginn der Regentzeit des nachmaligen Kaisers Wilhelm I. ein alter Hofjurist wegen eines angeblich an seiner Frau begangenen Mordes zum Tode verurteilt und hingerichtet worden sei. 12 Jahre später habe der wirkliche Mörder, ein Schuhmann, auf dem Sterbeteil ein Gehältnis abgelegt, worauf das Todesurteil im Wiedererwählungsverfahren aufgehoben worden sei. Dieser Fall habe dem nachmaligen Kaiser veranlaßt, folgendes kein Todesurteil vollziehen zu lassen.

Wie dem Ämtlichen Preussischen Pressedirektor überzogen wird, haben die eingehenden Nachforschungen im Justizministerium ergeben, daß der Fall der geschriebenen Zeit nicht existiert hat. Den Hinweis zu dem Bericht der Zeitung konnte der Fall des Sägers Georg Kurt B. als Gollnow, des unehelichen Sohnes einer A. v. B. gegeben haben, der im Jahre 1855 in Berlin wegen Ermordung einer Schneiderin zum Tode verurteilt und im Jahre darauf hingerichtet worden ist. Leber diesen ging im Jahre 1891 durch eine Reihe von deutschen Zeitungen die Mitteilung, es habe sich nachträglich seine Unschuld dadurch herausgestellt, daß der wirkliche Mörder, ein Schuhmann D., sich auf dem Sterbeteil als der Täter bekannt habe. Das Protokoll über dieses Gehältnis sei dem Justizministerium vorgelegt worden, der daraufhin eine amtliche Generierung des Berichtes veranlaßt habe. Die amtliche Nachricht ist damals durch das Preussische Justizministerium im

Reichs- und Staatsanzeiger Nr. 128 vom 3. Juni 1891 folgendermaßen richtiggestellt worden:

„B. ist für überführt erachtet worden, am 18. März 1855 zu Berlin die unerschlagene Schneiderin Dorothea Störck ermordet zu haben. Am 21. März verhaftet, hatte er drei Tage darauf vor der Polizeibehörde ein Gehältnis abgelegt und dasselbe am 26. März dem Untersuchungsrichter gegenüber dahin wiederholt, daß er die Straftat in Verfolg eines zum Täuschungszweck belagerten Vorfalls mit der Hand begangen und sie dann aufgedeckt habe. Abgesehen von diesem Gehältnis war die Täterschaft des B. auch durch andere Beweise dargetan. Da außerdem erwiesen wurde, daß B. die Gestalt besaß, daß er ferner den Strick, an welchem er sich aufknüpfte, mit zur Stelle gebracht und sich bereits mehrere Tage vor der Tat diesen Strick angehängt hatte, so konnte auch darüber kein Zweifel obwalten, daß die Tat als ein mit Ueberlegung ausgeführter Mord anzusehen war.“

Dann, daß in den achtziger Jahren ein ehemaliger Schuhmann D. eingekerkert haben soll, den Mord verübt zu haben, ist nicht festzustellen. Eine Urkunde, in welcher D. vor „Brechtig, Volkseigentum und Mord“ dieses Gehältnis mit seiner Unterfertigung bekräftigt hätte, ist dem Justizminister niemals eingelegt worden. Ebenfalls ist niemals in amtlichen Akten eine gerichtliche Ehrenerklärung für den „unschuldigen Hingerichteten“ erfolgt. Kurz, alle Mitteilungen in der Tagespresse, welche dahin gehen, daß die Unschuld des B. ermittelt und daß dies seitens der Justizverwaltung in irgendeiner Hinsicht anerkannt worden ist, sind nichts als leere Hingehänge.“

Nach den vorliegenden Ausführungen erhebt auch die jetzt nach über 25 Jahren erneut in der Presse auftauchende Mitteilung jeder tatsächlichen Unterlage.

### Die Tragödie der Tänzerin.



Lucie Klempner.

Die weltbekannte Vertreterin der amütsamen Wiener Tanzkunst, die wir schon mehrmals, den Brandverletzungen, die sie sich am zweiten Weihnachtstag infolge einer Benzin-Explosion in ihrer Badepube zugezogen hat, nach 22stündigem Liebestode erlitten. Eine der lieblichsten und musikalisch begabtesten Tänzerinnen ist mit ihr dahingegangen.

110 neue Autobusse und 300 neue Straßenbahnwagen werden im Laufe der nächsten Monate in Berlin in den Dienst gestellt. Die Omnibusgesellschaft wird ihr Wagenmaterial gründlich erneuern und die alten nicht mit unrettbar gefährlichen „hochbeinigen“ Autobusse abgeben. Die neuen Autobusse sollen sämtlich Zweibecker sein. Da diese sich ausgezeichneter bewähren. Mit dem bis jetzt in den Verkehr gebrachten sechsbändigen Protomagen im inneren Stadtverkehr wurden sehr gute Erfahrungen gemacht, doch sollen die neuen Modelle etwas kürzer gebaut werden, damit die Fahrer besser um die Ecke kommen. Statt der 82 Sitzplätze, die der Protomagen enthält, werden die neuen Wagen nur 70 bis 72 Sitzplätze besitzen. Auch das Oberdeck wird mit Polsterung versehen. Die Wagen erhalten eine bessere Beleuchtung und für die Fahrer auch Sitzbänke. Für die Straßenbahn sind 300 neue Mittelwagen bestellt worden, die ebenfalls mehr Bequemlichkeit bringen als die älteren Modelle. Auch der Wagenpark der Hoch- und Untergrundbahn wird ergänzt.

### Verbrechen an einem Kinde?

Vergeblliche Suche nach der kleinen Ell Reinfeldt.



Die achtsjährige Ell Reinfeldt.

Von der verschwindenden Ell Reinfeldt konnte bis jetzt noch nirgends eine Spur entdeckt werden, obwohl die Berliner Polizei sehr eifrig auf der Auffindung des Kindes arbeitet. Da die Kriminalpolizei auch mit der Möglichkeit rechnen muß, daß die Kleine von einem Verbrecher ins Wasser geworfen worden oder vielleicht während der letzten kalten Tage auf dem Eis irgendwo eingefahren ist, haben am Dienstag vormittag Beamte des Reichswasserwerkes eine Durchsuchung der Gewässer des Schöneberger Stadtteils vorgenommen. Die Nachforschungen blieben ohne Erfolg. Man will jetzt sämtliche Gewässer Berlins zum Reichswasserwerk absperrt lassen. Der Umstand, daß bis jetzt noch keinerlei Anzeichen für den Verbleib des Kindes gefunden wurden, behärkt die Polizei in der Auffassung, daß es sich wahrscheinlich um ein Verbrechen handelt.

### Rettung aus Seenot.



Am See eine Rettungsapparatur.

Die Mannschaft des an der amerikanischen Küste gestrandeten japanischen Dampfers „Lampfahn“ konnte nun hilflos im Meer nur mit Hilfe eines Rettungsapparates an Land kommen. Vom Strand aus wurde eine Kiste mit angehängtem Seil über das festgefahrene Schiff geschoben. In einem Boot das Seil nachgeholt, konnten die Schiffbrüchigen an Land gezogen.

Ein Branddirektor tödlich verunglückt. Am Heiligen Abend gegen 1/12 Uhr brach im zweiten Stockwerk des Restaurants „Wintergärten“ in der Breiten Straße in Potsdam ein Feuer aus, das bei Anbruch der Feuerwehre bereits die zum Dachstuhl führende Treppe in Brand gesetzt hatte. Ein in der Dachkammer schlafendes Dienstmädchen fand man durch Rauch erstickt tot auf. Branddirektor Döbberst erlag an der Brandstätte, wahrscheinlich infolge Aufregung, einem Herzschlag, als er ohne Maske das Mädchen zu retten suchte.

Unterforschungen eines Gemeindevorlesers. Der Gemeindevorleser Kavelmacher des vorpommerschen Ortes Süderaspen, Kreis Franzburg, der im „Stahlheim“ der dortigen Gegend eine hervorragende Rolle spielte, ist vom Amte suspendiert worden, weil in den ihm anvertrauten Kassen erhebliche Beträge von Staats- und Gemeindegeldern fehlten. Die Erhebungen über die Höhe der Forderungen sind noch im Gange. Die Staatsanwaltschaft hat die Untersuchung gegen Kavelmacher eingeleitet.

Eine Warehausexplosion infolge in Folge der Entzündung bengalischer Streichhölzer und Pateten. Die in Brand geratenen Pateten brachten zahlreiche andere Feuerwerkskörper zur Explosion. Das Feuer erlosch auch Stoßfallen, die in der Nähe lagen, jedoch bald harte Rauchwolken das Kaufhaus erfüllten. Alles wollte aus dem Hause heraus. Viele Leute stellten sich an den Fenstern auf, um auf die Straße hinabzufliegen. Das Feuer konnte schließlich von Feuerwehrgesellschaften gelöscht werden, jedoch die Feuerwehre nur noch Verbrünnungsarbeiten vorzunehmen hatte.

Schwere Leberverwundungen werden jetzt auch aus Spanien gemeldet. In der Gegend von Valencia, Sizilien und Lohelo sind die Flüsse aus dem Ufer getreten. Bei Valencia wurden in einem Dorfe durch das Hochwasser 20 Familien obdachlos. Auch aus Portugal treffen Nachrichten über schwere Stürme ein. Der Tagobroch droht. Am Gelege der juchendsten Schneeweiter und Leberverwundungen werden jetzt auch aus Spanien gemeldet. In der Gegend von Valencia, Sizilien und Lohelo sind die Flüsse aus dem Ufer getreten. Bei Valencia wurden in einem Dorfe durch das Hochwasser 20 Familien obdachlos. Auch aus Portugal treffen Nachrichten über schwere Stürme ein. Der Tagobroch droht. Am Gelege der juchendsten Schneeweiter und Leberverwundungen werden jetzt auch aus Spanien gemeldet. In der Gegend von Valencia, Sizilien und Lohelo sind die Flüsse aus dem Ufer getreten, insbesondere die Ene zwischen Menin und Demze. Die Stadt Cartroi ist stellenweise bedroht.

Das Schuldloste des Mörders Kleeb, der in einem Berlin in der Stadtbahnzug die 22jährige Dora B. erste mit einer eisernen Elle niedergeschlagen und beraubt hat, ist noch größer, als man im Anfang angenommen hat. Es hat sich herausgestellt, daß der Täter an verschiedenen anderen Stellen ähnliche Verbrechen verübt haben würde. So hat er einen Geschäftsfreund seines Vaters ebenfalls mit einer eisernen Elle bedroht. Auf die Frage, was er mit dem Instrument eigentlich wollte, antwortete der Taugenichts: „Ich will auf der Landstraße eine bestimmte Straße ausweisen.“ Nach dem Bekanntwerden des Lieberfalls auf Dora B. erste war dem Geschäftsmann klar geworden, daß Kleeb auch auf ein gegenüber liegendes Kaufhaus verurteilt beabsichtigte. Als Kleeb beim Verhör diese Mordabsicht verhehelt wurde, gab er zu, die Absicht gehabt zu haben, den Kaufman mit der Elle niederzuschlagen, um dann einen Raub ausführen zu können.

Aus Seenot gerettet wurde die aus 18 Seeleuten bestehende Mannschaft des bei Scharhorn in der Gegend bei Gedemünde gestrandeten schwedischen Dampfers „Sofien“. Der Dampfer, war von Rottendam nach Helsingfors unterwegs. Das Schiff selbst konnte bis jetzt noch nicht aus seiner gefährlichen Lage befreit werden.

Die Vereining des Mittelmeeres hat einzelne griechische Inseln in große Unzulänglichkeiten gebracht. Die Insel Milidun bei Amrum war bisher von jeder Postverbindung abgeschnitten. Erst am Dienstag konnte die erste Briefpost befördert werden. Gänzlich abgeschnitten ist die Insel Polborn bei Sulum. Auf dieser Insel ist eine Reihe von Kindern an Diphterie erkrankt, ohne daß bis jetzt ärztliche Hilfe gebracht werden konnte.

Aus Breslau entführt wurde die 19jährige Adelheid Schräder. Sie wurde in Berlin am Schloßischen Bahnhof von der Volkspolizei zusammen mit ihrem Begleiter, dem 46 Jahre alten Pastor A. D. Waldemar Mencke aus Breslau aufgegriffen. Schräder, die ein auffallend hübsches junges Mädchen ist, gab bei ihrer Vernehmung an, sie habe den Pastor durch einen Brief kennen gelernt und die Absicht gehabt, in einem Berliner Konfektionsbureau eine Stelle als Mannequin anzunehmen. In der Gäßelstraße in Breslau habe sie zufällig Mencke getroffen, der sich ihr angegeschlossen habe. Diese Angaben werden durch den Bericht widerlegt. 500 Gindliche und hiesigen Anwohner in sechs Jahren, — das ist der Verbrechererecord, den jedoch zwei in Berlin verurteilte schwere Mörder, ein 22 Jahre alter Leo Buraki aus Polen und ein 36 Jahre alter Stephanowitsch aus Russland aufgestellt haben. Beide wurden unmittelbar nach einem Einbruch in Volkstempel-Räuberdiebstahl festgenommen. Buraki war zuvor (jedemal verurteilt worden, jedesmal war es ihm gelungen, wieder zu entweichen. Bei ihren Verbrechen geschädigten sich die beiden Verbrecher gegenseitig. Kommissar aus, Buraki habe in der Gegend von Milidun in Schloßen auf der Landstraße eine alte Frau überfallen, betrunken und getötet.

Das Räuberscheit Raufhaus ist am Mittwoch bis auf das untere Stockwerk abgebrannt. Die Ursache des Brandes ist bisher unbekannt.





## Beseitigung hundertjähriger Verkehrszeichen.

Neue Ortszeichen.

Durch ministerielle Erlaß wurde im August dieses Jahres den preussischen Gemeinden aufgelegt, neue Ortszeichen nach vorzugeschriebenem Muster anzubringen zu lassen. Ein deutschlandweiter Landtagsabgeordneter führte in einer kleinen Anfrage aus, daß den Gemeinden hierdurch neue, schwererfassliche finanzielle Belastungen auferlegt würden.

Wie der Anstaltliche Preussische Präsident der Antwort des Preuss. Landwirtschaftsministers entnimmt, geht bezüglich der genannten Ortszeichen bisher die Sachentscheidung vom 25. August 1920 und der Ministerialerlaß vom 13. Mai 1923. Da die Vorschriften durchaus veraltet waren und die Anstaltlichen der Zeichen nicht mehr den gegenwärtigen Verhältnissen entsprächen, da überdies in den meisten Ortszeichen Zeichen nicht mehr vorhanden waren, war eine Neuverteilung der Angelegenheit im Interesse des Verkehrs nötig. Daß die Regelung eine sehr erhebliche finanzielle Belastung der Gemeinden mit sich bringt, kann nicht angezweifelt werden, da die Anbringung der Zeichen nur an den Durchgangswegen am Eingang und Ausgang des Ortes vorzunehmen ist, obgleich die Zahl der aufzustellenden Zeichen nur beschränkt sein wird. — Eine richtige Antwort auf eine deutschlandweite Anfrage.

— Großen Anzug überließen am heiligen Abend verschiedene junge Mädchen, die in den Häusern zum Weihnachtsfesten gegangen waren. Ehe die Wohnungsinhaber sich melkten, verurteilten sie die Hausfrau, löschten die Treppen- und Fußbodenleuchte aus und nach dem letzten Anzug mehr noch. Die Polizeiverwaltung erließ die Mahnung an die Bewohnerschaft, auf ihre Kinder einzuwirken, da bei Anwesenheit unangenehm eingeschritten wird und die Folgen für manche Eltern sehr schmerzhaft sein können.

— Brennholzverteilung. Am Freitag nachmittags, 4 Uhr, wird in der „Neufährer Gasse“ eine Brennholzverteilung von der städt. Bauverwaltung vorgenommen. (Siehe Anzeiger).

Neujahr. Der Verteilungsplan für das Neujahrsgeld 1926/27 liegt im Amtshaus zur Einsicht aus. (Siehe Anzeiger).

## Aus Halberstadt.

— Angenehme Freimadung von Besessenen nach der Tischgesellschaft. Die aus dem Deutschen Reich herrührenden Besessenen nach der Tischgesellschaft werden noch recht häufig ungenügend freigemacht. Aufsehend ließ nach immer viele Befürworter der irigen Meinung, daß im Verkehr mit der Tischgesellschaft die innerdeutschen Besessenen gelten. Das trifft nicht zu. Es werden folgende Gebühren erhoben: Für Besessene bis 20 g 20 g, für jede weitere 20 g 15 g, für Postkarten 10 g, mit Anmerkungen 20 g. Für die übrigen Sendungen sind die Auslandsgebühren zu entrichten.

— Luftpostpatete nach Belgien. Vom 1. Januar 1928 an werden im Luftpostverkehr nach Belgien (Antwerpen — Brüssel — London und Köln — Brüssel — Paris) gewöhnliche Patete, aus dringende, bis 10 kg zugelassen, die die Ausdehnungen 50:50:100 cm nicht übersteigen. Raberes bei den Postanstalten.

— Wisse Ferien- und Studienreisen. Wie alljährlich, wird auch im Frühjahr und Sommer 1928 der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit eine große Zahl von Ferien- und Studienreisen auf jeweils ein- bis zweimonatiger Dauer veranstalten. Die Teilnahme an den gut und gründlich vorbereiteten Reisen, die vor allem für Arbeiter, Angestellte und Beamte bestimmt sind, wird den Minderbemittelten dadurch erleichtert, daß die Kosten in bequemen Monatsraten entrichtet werden können. Für die Monate Mai bis September sind Reisen nach der Riviera und Mittelmeerküste, nach dem Salzammergut, nach Nord- und Süd-Dalmatien, nach der nordlichen und mittleren Schweiz, nach den Südpfälzer Seen, an den Rhein von Wiesbaden bis nach Köln, nach Brüssel, Rotterdam und Paris, nach Skandinavien, nach Dänemark und Norwegen, nach Dänemark und Schweden, an die Nordsee, an die Ostsee, nach Oberbayern und Norddeutschland und nach Südfrankreich und Nordafrika vorgesehen. Außerdem finden je eine Ostsee- und eine Westsee- und eine Küstentourne mit Amsterdam statt. Alles Nähere ist aus dem schon ausgegebenen Reiseprospekt zu ersehen, der für 35 Pf. in der Buchhandlung des „Lageblattes“ zu haben ist. Es früher die Anmeldebüro, umso früher ist die Zuweisung zu den Reisen, umso geringer auch der Teilnehmerbeitrag.

— Glück mit einem defizienten Bären. Nach Untersuchung eines defizienten Bären glücklich ist der Arbeiter Heinrich Schubert, am 19. 8. 06 zu Biala geboren. Im Berufszustande sofortige Nach-

Zum großen Jubel der Anwesenden hat Hamme ihren Mann sofort den Kopf ab. Ehrlich waren sagte sie: „Was mußte er mir?“ Das Ding ist doch bloß zum Essen da. Hat denn der Lunge nicht getrieft?

„Doch“, erwiderte Erner, „dafür hat die Wirtin schon gelohnt.“ Als Frau und Christel gefaselt hatten, gingen sie in Erners Stube und berechneten den Gewinn. Er war so ansehnlich, daß Frau die Christel in die Höhe hob und sie ein paar Mal herum-schwangte, und daß Christel sich über den Freuden schneller schlief.

Am Sonntagmorgen kamen die Frauen nachmittags zur Vernehmung auf den Bergshof des Bärenmörders. Die früher nie mit Christel gesprochen hatten, waren jetzt nicht fremdenfremd gegen die gute Ernerwitze, das schone, schmale Mädchen. Sie nahmen mit Dank ihr Geld und ihre Rede in Empfang und fragten höflich, ob sie der guten Ernerwitze Freitag wieder ihre Bären schiden können. Sie wollten es gern wieder gutmachen. Sie Christel bereitwillig darauf einging, sagte Frau Grundmann, die weichte und gezeitigte ihr Frauen:

„Ich hab' mich sagen lassen, daß die Krämerinnen in der großen Stadt gar so hübsch hübsche Bäume aus die liebe Ernerwitze mit misbringen, was wir brauchen.“

„Es tut mir recht leid, Frau Grundmann“, erwiderte das Mädchen, „aber so geht ich nicht. Ich liebe Frau gefällig bin, das kann ich meinem Krämer nicht antun. Er muß doch seine Steuern bezahlen und leben muß er auch; da kann ich ihm doch nicht die Schuldigkeit abspinnen machen.“

„Aber Sie haben sich doch alles eingekauft“, fragte Frau Grundmann mit heuchlerischer Freundlichkeit.

„Nun müßte ich Erner ins Gefängnis. Er sagte klar: Sie können doch nicht verlangen, daß ich die Müllinge für meine Werte bei Ihnen kaufe. Das hat doch doppelten Wert, wenn es auch von der großen Stadt ist.“

„Sie haben recht, Herr Erner“, stimmten die anderen Frauen zu, und Frau Grundmann erklärte:

„Ich muß noch ins Oberdorf. Vorläufig las ich meinen Anteil, und dann bin ich Freitag wieder so frei, und ich komme selbst mit, wegen der Unterleibschmerzen.“

Obgleich Christel den Krämer vor Schaden bedauert hatte, wurden Bären ihre doch pünktlich, weil sie nur noch kleine Einkäufe bei ihnen machte. (Fortsetzung folgt.)

richt an den nächsten Polizeibeamten oder Landjäger, an die nächste Polizeistelle oder den Polizeipräsidenten, Landesstrafmündigkeitsstelle, Wache, Polizei, Dienststelle etc. 4. Erhalten.

Die Höhe der Kataster- und Verbesserungsgebühren. Wie der Anstaltliche Preussische Präsident der Antwort des Preussischen Finanzministers auf eine kleine Anfrage eines Centrumsabgeordneten entnimmt, ist eine allgemeine Gebührenermäßigung bei geringeren Grundbesitzes, daß die Einkünfte die baren Auslagen decken sollen, die der Katasterverwaltung durch die Erledigung gebührender Arbeiten erwachsen, nicht möglich. Gleichwohl ist bei beschränkter, Gebührenermäßigung bei gleichzeitiger Erhöhung der Gebühren, die Katasterarbeiten bei geringeren Grundbesitzes zu erweitern und eine neue Bestimmung zu treffen, die eine Ermäßigung aufweist, wenn der Gebührentbetrag nicht im angemessenen Verhältnis zu dem Zweck und der Bedeutung der bearbeiteten Arbeit steht. — Die neue Gebührenerordnung tritt voraussichtlich am 1. Januar 1928 in Kraft.

30. Holenflug- und Praxeriusstraße. Die Polizeiverwaltung macht heute bekannt, daß die beiden Straßen 3 1 und 3 2, die die Verbindung zwischen der Bismarck- und der Westfälischenstraße herstellen, die Bezeichnungen „Holenflugstraße“ und „Praxeriusstraße“ erhalten haben. Damit ist wieder dem 2. alten Holenflugstraße Künstler, die vor langen Jahren hier gelebt haben, in Ehren gedacht. Karl Georg Adolf Holenflug war Architekturmaler. Er wurde 1802 in Berlin geboren, wirkte hier seit 1826 und starb auch in Halberstadt am 13. 4. 1858. Nach einer tummer-vollen Jugendzeit wurde er Dekorationsmaler. Er besuchte auch die Akademie, bildete sich aber mehr und mehr durch sich selbst. Seine bedeutendsten Werke sind: Eine gotische Kathedrale des 15. Jahrhunderts, Dom in Erfurt, 3 aus dem Dom in Halberstadt, Ansicht vom Dom in Selm, u. a. Wilhelm Praxerius war Kupferstecher und Organist und um die Wende des 16. zum 17. Jahrhundert der bedeutendste Musiker, der die deutsch-litauische Einkundung glänzend beherrschte und sie in Arbeiten mit vollendetem Meisterhandwerk niederte. Dieser Reizum an unerhörlicher Pflanzung machte ihn zu einem Sammler zeitgenössischer Musik, geistlicher sowohl wie weltlicher Weisen. Unvergänglich aber wird sein Name verbunden bleiben mit seinen dreizehn theoretischen Hauptwerk „Synagma musicum“, das für alle Zeiten die Grundzüge für die Musiklehre jener noch nicht erschlossenen Zeit liefern wird. Der fünfzehnjährige Bischof Heinrich Julius betrieb ihn im Jahre 1580 nach Halberstadt und ließ ihn im Jahre 1604 zum „Bischoflich Halberstädtischen und Fürstlich Braunschweigischen Kapellmeister“ aufsteigen. Seine Lebensgefährtin war eine Halberstädterin.

## Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Eltern — Parteigenossen — Jugendfreunde

bejauht die Jahresversammlung am 31. Dezember im Marie-Hauptmannsaal, abends von 8 bis 12 1/2 Uhr. — 12 Uhr nachts auf der Polizeiwache: Jahresversammlung, Festsitzung.

— Erkensmühle. Ein junger Mann macht gestern seinem Leben durch Erhängen ein Ende. Der Besessene wird der ungeliebten Tat überantwortet.

— Stadtheter. Donnerstag 17 Uhr. „Die Klein-Ecke des Christen-tum“ mit vollem Orchester wie immer zu kleinen Preisen 1. 20 Uhr letzte Aufführung „Zürcherman-Hörschel“, die große Tragödie Gerhart Hauptmanns mit Eugen Tschuler in der Titelrolle. Freitag 17 Uhr dritte Aufführung „Die Klein-Ecke des Christen-tum“ mit vollem Orchester wie immer zu kleinen Preisen 1. 20 Uhr letzte Aufführung „Zürcherman-Hörschel“, die große Oper mit letztmalig aufgeführt. Samstag vorletzte Aufführung „Die Klein-Ecke des Christen-tum“ mit vollem Orchester wie immer zu kleinen Preisen 1. 20 Uhr Singschüleraufführung „Einen Zug will er sich machen“. Die weltroyale Feste strömt über von edelstem Wiener Humor. Sie wird infiziert von Lido von Athenbach mit den Damen Michaelis, Hirtel, Brinden, Deus-Gard, Medel, Rade, Bennewitz, Kurek, und den Herren Klesler, Müller, Schießfeld, Hanna, Klant, Bongars, Burgham, Dornes, Henneberg, Fringer, Guler, Reindorf, Sonntag 10 1/2 Uhr letzte Aufführung „Die Klein-Ecke des Christen-tum“ mit vollem Orchester zu kleinen Preisen 1. 10 1/2 Uhr Aufführung der unter-stenlichen Operette „Die Fiedermusik“ von Johann Strauß in der Inszenierung Paul Kohnsmanns mit den Damen Wolf, Heuer, Schreiber, und den Herren Wolf, Keuland, Böhmner, Stein und Hanna in den Hauptrollen. Musikalische Leitung: Kapellmeister Clemens.

## Kreis Halberstadt.

Darbesheim, 28. Dezember. (Weihnachtsbescherungen.) Der Ortsverein der SPD. und das Reichsgewerkschaftsamt Schwarz-Weißen-Gold veranstalteten, wie alljährlich, am Sonntag, den 24. Dezember, eine Weihnachtsbescherung für die Kinder. Nach der Bescherung durch den Gewerkschafts-Meister folgte die Reitation eines Schichtes. Dann führten Frauen und Mädchen, Geselle Berner und sechs Kinder ein Weihnachtsmärchen auf, das große Freude auslöste. Die Musik spielte Weihnachtslieder. Schließlich war dann der Zeitpunkt für den Weihnachtsabend gekommen, um seine Bescherung vorzunehmen, was unter großem Jubel der Kinder geschah. Mit einem Weihnachtsstübchen und diese kleine Feste, die allen Besuchern einige frohe Stunden gebracht hatte, ihren Abschluss.

Am Sonntag, 28. Dezember. (Der Ostmagarerein-Entsch.) Der am 27. Dezember in Amstelschiff am 1. und 2. Weihnachtstages im Jungfernen Total feine Weihnachtsfeier ab. Am ersten Festabend fand die eigentliche Feier statt. Theater und Gesangsbeiträge liefen fast, nachdem der Vorsitzende alle Teilnehmer herzlich begrüßt hatte, in bunter Reihenfolge ab. Zwei Weihnachtslieder leiteten den Abend ein. Eine humoristische Solozzene und weitere Lieder führten über zum Theaterstück „Der Schmied von Aulha“, das sehr wirkungsvoll zur Darstellung kam. Den zweiten Teil des Abends bildete wiederum der Gesangsbeitrag mit dem Vortrag zweier Lieder, dem sich ein Duett, das zwei Damen sehr schön sangen, angeschlossen. Auch weiteren Gesangsbeiträge wurde durch den Einfließen Der energische Gatte“ gekrönt. Kaputt und Übermüdet beschlossen dann den Abend. Alle Darbietungen wurden mit großem Interesse entgegengenommen. Sängern und Darstellern ohne Ausnahme, die ihre beste Kraft in den Dienst des Abends gestellt hatten, sei auch an dieser Stelle herzlich gedankt. Am zweiten Festtag fand dann am Abend ebenfalls im Jungfernen Total ein Festball statt.

## Aus Osterwieck.

— (Zur Weihnachtsfeier) hatte der Arbeiterjugendverein „Sängergruppe“ seine Freunde und Gönner nach dem „Deutschen Haus“ eingeladen. Diese Veranstaltung erfreute sich eines sehr guten Besuchs. Am Gewerkschaftshaus (Kom. Köhler) fand eine

Feierschoppenkonzert statt. Eine erfreuliche Neuerung boten erstmalig die „Besingerinnen „Schulchor“ und „Männergesangsverein“. Ersterer sang den alten armen Bräutigam im St. Bartholomäus-Hospital eine schöne Volkslied zur Erbauung und der zweite Verein bereitete dem Kreisverband eine festliche Liederdarb.

— (Ein herrenloser Weihnachtsbraten) in Form von 1 1/2 Hund Rindfleisch ist im Drange weiterer Einkäufe im „Rauern-Haus“ liegen geblieben und wunderbarerweise seit Heiligabend von niemand vernichtet worden. Das ist eine gute Sache, das so keine höchst feine Bestimmung verfehlt, sondern zur Polizei und dann wieder zurück zum Fundort. Wie lange wird sich das herrenlose Gut noch halten, bis man — den Braten richtet?

— (Ein schwerer Unfall) trug sich am Freitag in benachteiligten Bereich zu. Hier spielte ein bei der Großmutter zu Besuch melender Knabe aus Quedlinburg in Gemeinschaft anderer Kinder mit Ledergarnen. Hierbei war wohl auch ein Hammer mit im Spiele, denn plötzlich explodierte eine Patrone und verletzte die linke Hand des achtjährigen Knaben so schwer, daß diese im hiesigen Kreisverband abgenommen werden mußte. Auch die rechte Hand und das Gesicht wurden durch die Patronenstücke verletzt. Wie kommen Kinder zu solchem Spielzeug? — Zeitschrift Weihnachtsfest.

## Aus Döherleben.

— (Hura — ein Jungel!) Schwam in 3 Akten von Fr. Arnold und E. Bach, am 2. Feiertag von unserer „Freien Kutschke“ gespielt, war eine lustige und freundliche Weihnachtsfeier. Alle Spieler gaben ihr Bestes und trugen zum guten Gelingen des Wertes bei. Die Erschienenen amüsierten sich bestlich über die tollen Einfälle des Stüdes und lachten durch reiden Belustigung. Aufmerksam auf diesen lustigen Schwam fand dann ein Festball statt.

— (Zur Verbreitung des Volksliedens.) Parteigenossen und Reichsgewerkschaftsmitglieder des Arbeiterjugendvereins haben in einigen Orten untern Reiches verstreut Volkslieder. Zur Verbreitung die sofort vorgenommen werden muß, müssen sich zehn Mann zur Verfügung stellen. Fahr- und Fahrzeit werden vergütet. Meldungen zur Mitarbeit werden beim Gewissen Böhm. Konsumverein entgegengenommen.

— (Arbeiter-Wohlfahrts-Batterie.) Uns sind für Döherleben noch eine kleine Anzahl Lose zugewiesen. Da die Nachfrage groß ist, sind an zwei Stellen die Lose zu haben und zwar bei Frau Berg Gartenstraße 10 und im Konsum-Zentrum. (Anschlußstellen sind) Freitag 20. Dez. 20 Uhr findet eine Ausschüttung der Besessenen Ortsanwaltschaft im Stadt-park statt. Die Tagesordnung weist folgende Punkte auf: Satzungsänderungen, Dienstreueänderung, Beratung des Besessenen für 1928 und Verschickenes. Es ist Pflicht jedes Ausschüttungsgliedes, diese Sitzung pünktlich zu besuchen.

## Aus Schwanebeck.

— (Die Weihnachtsveranstaltung) des Arbeiterjugendvereins „Freiheit“ hatte am 2. Feiertag einen derart vollen Saal zu verzeichnen, wie ihn die „Erholung“ wohl kaum je gesehen hat. Der Vorsitzende des Vereins, Turngenosse Wandt begrüßte die Anwesenden und gab darauf Gen. Strobel das Wort, der in längerer Rede ausführte, was das Weihnachtsfest dem Arbeiter, dem schaffenden Volke zu legen habe. Nachdem der Arbeiterjugendverein das Lied „O Schutzgeist aller Schönen, hier wirtingenoll zu Gebraucht habe, die dreizehnte Operette „Falschgeheiß, die Ereignisse einer Nacht“, über die Bühne. (Es gab nachher Scherzhaft. Die Rollen waren durchweg gut verteilt. Alles in allem kann der Verein mit dieser Aufführung einen großen Erfolg buchen.

## Aus Quedlinburg.

— (Einen Blumengarten in Brühl.) Die städtische Gartenerhaltung plant die Einrichtung eines Blumengartens im Brühl für das nächste Jahr. Dieser Garten, der eine wertvolle Bereicherung unseres schönen Brühls darstellen wird, soll auf dem durch Blumens- und Säulens bereits eingetragenen Teile des Brühls neben dem Brühlwärtershaus entstehen. Eine größere Zahl dieser Gärten hat sich bereit erklärt, für abwechselnde Bepflanzung der ihnen zugewiesenen Gartenfläche zu sorgen. Der Verkehrs- und Verkehrsverein wird eine große Anzahl von weißen Brombeerenbänken aufstellen, sobald der bisher völlig unbenutzte Platz einen besonderen Reiz für den Brühlbesucher darstellen wird. Als besondere Freude für die Kinder ist weiter die Einrichtung eines kleinen Geheges für zwei Hühner ebenfalls in unmittelbarer Nähe des Brühlwärtershauses vorgesehen. Gerade heute, wo Reichs- und Reichsgewerkschaften verhältnismäßig selten geworden ist, dürfte dieser Gedanke der Gartenerhaltung mit besonderer Freude begrüßt werden. Unter schönem Stadtpark wird durch diese Neuerung sicher gewinnen und immer mehr die Erholungswürde unserer Stadt werden.

— (Großfeuer.) Heute morgen gegen 8 1/2 Uhr wurde Großfeuer gemeldet. Der Moorhof der Firma Gebr. Dippel & Co. brennt. Ueber Ursache und Schaden läßt sich zurzeit nichts sagen.

— (SPD.) Morgen Freitag, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine sehr wichtige Vorstand- und Funktionärerversammlung statt. Die Vorstandsmittglieder werden gebeten, um 8 Uhr pünktlich zur Stelle zu sein. Die Funktionärerversammlung beginnt um 8 30 Uhr.

— (Ein stichtische Verbrecher?) Die Kriminalpolizei teilt mit: Am 25. 12. zwischen 17 und 18 Uhr wurde ein ziemlich vier Jahre alter Knabe, der auf der Reichstraße spielte, von einem unbekanntem Manne angegriffen mit dem Bemerkens, ihm die Kallstrasse zu zeigen. Er betomme auch 15 Pfennig als dann der Junge nach Rückkehr gegen 19 Uhr von seinen Eltern befragt wurde, wo er gewesen sei, hat er erwidert, daß ihn ein Dieb mitgenommen habe, so Kallstrasse haben. Dort habe er sich hängen müssen und dann habe ihn der Dieb gebeten, es heute für ihn zu tun. Er habe sich dann gehorht, daß der Mann den Jungen mit dem Dam, gegenüber der Bodenstraße, genommen hat, wo tatsächlich Wogen stehen. Hinter einem solchen hat anschließend der Mann am Rande ein stichtische Verbrecher ausführen wollen, wurde aber ebenfalls durch Vorkommnisse daran gehindert. Es wird gebeten, irgendwelche sachdienliche Angaben der hiesigen Kriminalpolizei nicht verschweigen zu wollen.

## Kreis Quedlinburg.

Dr. Börsene, 28. Dezember. (Wunderbare Errettung.) Als Theater nach ein Spiel nach auf einem Ball weilt, wurde plötzlich die Mutter heimgerufen, da Nachbarn beobachtet hatten, daß das Kind in ihrer Abwesenheit aus dem Fenster gestiegen war und jämmerlich lief. Als die Eltern nun heimkamen, fanden sie das Kind auf dem Hofe liegend. Doch der Hofhund hatte sich ganz dicht



**Die Zufendung schriftlicher  
Neujahrsglückwünsche**

wollen wie in früheren Jahren auch für den bevorstehenden Jahreswechsel viele liebe Glückwünsche gegen Zahlung eines angemessenen, auf woblhaltenen Zwecken bestimmten Gebührens abgeben.  
Die Namen der an dieser Weihnachtsfeier teilnehmenden Personen werden zum 1. Januar 1928 in dieser Zeitung bekanntgegeben.  
Anmeldungen müssen schriftlich und mündlich die Stadtkasse im Erdgeschoss des Rathauses einlegen, sowie die Zahlungen.  
Das Ende, Wohlfahrtswort.

Am Sonntag, den 31. Dezember 1927 findet der Festakt unserer Weihnachtsfeier (Stadtkasse) **nur bis 11 Uhr vormittags** statt.

**Schlachthof-Freibank** Dienstag von 9 bis 11 Uhr  
Schmeizer- und Rindfleisch.

Die Verbindungsstraßen zwischen der Bismarck- und der Weberstraßenstraße, bisher 3 1 und 3 2, Straße, erhalten folgende Beschriftungen:  
3 1-Straße - Götterstraße.  
3 2-Straße - Platanenstraße.  
Die Polizei-Verwaltung.

**KL** Lichtspiele  
Kammer- **KL** Lichtspiele

Heute Donnerstag  
unwiderruflich letzter Tag:  
„Wien, wie es weint u. lacht“  
mit Mady Christians.

Im neuen Programm:  
Die große Ueberraschung!  
Von Freitag bis einschließl. Montag:  
Es erlaubt sich vorzustellen  
**Harry Liedtke**  
als Fabrikant Eswein  
mit seinem zukünftigen Weibchen  
**Xenia Desni**  
als Lilly, genannt (Nischen) in dem  
deutschen Großfilm:



Nach dem gleichnamigen Roman von  
Hans Kahlenberg  
Derselbe Roman bildet seinerzeit in  
allen Großstädten durch die Beschlag-  
nahme der Polizei langandauernden Ge-  
sprächsstoff.  
Ein Filmwerk aus dem Leben der Gegen-  
wart von Leichtsinn, Lebenslust u.  
Leid, von Freud und Liebesglück.  
Weitere Mitspieler sind:  
Hans Albers - Heinrich Peer  
Ernst Rückert - Karl Falkenberg  
Adele Sandrock - George Burghard  
Karl Siebacher - Hermann  
Picha und Olga Limburg.  
Ein Filmwerk, das keine Versäumnis darf

Als zweiten Film bringen wir den dies-  
jährigen schönen Weihnachtsfilm:  
**Jonny unterm Christbaum**  
Ein Filmwerk vom Christkind,  
Lassbuben und geplagten Eltern.  
Ferner:  
**Monty Banks**  
in der Film-Komödie:  
**Monty in Biarritz !!**  
2 Akte Zum Totlachen! 2 Akte!

Montag nachm. 3 Uhr:  
**Gr. Weihnachts-Vorstellung!**  
für Kinder

Anlang Wochnags 4 1/2 Uhr nachmittags  
Feiertags u. Sonntags 3 Uhr

Lösen Sie frühzeitig Eintritts-Karten!

25 Stück  
la. Apollonia

Will man  
im Wohlstand  
erkranken des  
alten Jahres Not und  
Wein, darf man die Saat  
nicht bekränzen, nur  
gute Frucht nimmt zum Wein  
dann gibt's ein köstliches Gemisch!

**Gemüse-Wolff**  
hat alles frisch:  
Wasserballe  
(6. d. Blumen)  
Fennel 238

immer noch  
billiger  
auf Sie! in Dosen  
billiger!

**Zum Heringsalat**  
empfehle ich  
**la Heringe**  
in allen Preislagen,  
**la saure Gurken,**  
**Senf- und Pfeffer-**  
**Gurken, Kapern**  
**und Perlzwiebeln**  
**Emil Langroß**

Verkauf Freiland  
und Sonnabend  
früher

**fettes Schmorfleisch**  
sowie Kochfleisch, barte  
Schmorfleisch mit  
Schmorfleisch,  
Kochfleisch  
Wilhelm Bierstedt,  
Thale am Dara,  
Rohrappentw. 10/11.

Wir haben noch einen kleinen Vorrat

**Kalender**  
vorzeitig:  
Neuer Welt-Kalender . . . 0.80 Mk.  
Vorwärts-Kalender . . . 2.00 Mk.  
Zukunft der Arbeit . . . 0.75 Mk.  
Fischerbuch  
für die arbeitende Jugend . 0.80 Mk.

**Volksbuchhandlung**  
„Halberstädter Tageblatt“  
Domplatz 48.

Emblele zu  
**Gilbether**

3a. weißfleisch. Fettberinge 21. 10 13 15 20 Pf.  
F. Fettberinge in Mayonnaise  
Auswahl in frischen Seefischen  
Nordseefisch, 1-2 und 3-4 Pfund, Heilbutt  
Karpfen, Fletsch, Seezucht  
Goldbrat, Kabelja, Seelachs  
Lebende Krabben  
Saten, Kaviar, Garnelen, Hummer, Krabben,  
Mangale, Wind 1.30 Mk.

**C. Edler Nachf. H. Uhde**  
Thale am Dara. Telefon 460.

**Für die Silvester-Feier  
preiswert wie immer:**

**Vollfett-Heringe 1. Qualität**

Herings-Milch, 3 Beeren d. Heringsalates 1 Pfd. nur	22 Pf.
Zettel-Del, lose ausgelesen . . . . . 1 Pfund nur	64 Pf.
Mohn-Del, oberfeinestes ausgelesen . . . 1 Pfund nur	100 Pf.
Erdnuß-Del in Flaschen 1/4 Str. 40 1/2 Str. 60 1/2 Str. 110 Pf.	
Saure Gurken 2 Stück nur 25 Pf. 1 Stück nur 12 Pf.	
Senfgurken . . . 1 Pfd. nur 70 Pf.	
Wassergurken 1 Pfund nur 80 Pf.	
Kapern . . . 1 Pfund nur 12 Pf.	
Perlzwiebeln 1 Pfund nur 30 Pf.	
Perlzwiebeln . . Glas nur 65 Pf.	
Wasserrucen 1 Pfund nur 60 Pf.	
Knoblauchbrot 1 Pfd. nur 14 Pf.	
Geräucher-Schinken 1 Pfund nur 80 Pf.	
Wein-Essen . . . 1 Liter nur 10 Pf.	
Chig-Essen . . . 1 Liter nur 65 Pf.	
Äpfel . . . 10 Stück nur 70 Pf.	
Sardellen halt. 1 Pfund nur 160 Pf.	
Mayonnaise . . . 1 Liter nur 55 Pf.	

**Heringsalat in Mayonnaise** . . . 1 Pfund nur 120 Pf.  
**Fleischsalat in Mayonnaise** . . . 1 Pfund nur 120 Pf.  
**Rollmörs in Mayonnaise** . . . 1/2 Liter-Dose nur 70 Pf.  
**Filtheringe in Mayonnaise** . . . 1 Pfund-Dose nur 120 Pf.  
**Delfardinen in hellem Del** . . . 50, 55, 75, 80 Pf.  
**Milde Norw. Sardinen in Olivenöl** . . . 44 Pf.  
**Geelachs in Scheiben** . . . 35 Pf.

**Wasserballe** . . . 1 Liter-Dose nur 72 Pf.  
**Geleberballe** . . . 1 Liter-Dose nur 78 Pf.  
**Rollmörs** . . . 1 Liter-Dose nur 82 Pf.  
**Stromschlinge** . . . 1 Liter-Dose nur 82 Pf.  
**Sardinen** . . . 1 Liter-Dose nur 76 Pf.

**Käse, delikat, spezig, preiswert**

Guter Schweizer Emmentaler halbfett 1 Pfd. nur 60 Pf.  
Guter Emmentaler halbfett 1 Pfd. nur 60 Pf.

**Mosel-, Rhein-, Rot- und Südweine**  
nur gute hübsche Sorten preiswert!  
Ananas 1/2 Dose, 8 große Scheiben nur 125 Pf.  
Ananas 1/2 Dose, 8 große Scheiben nur 125 Pf.  
1/2 Dose nur 60 Pf. 1/4 Dose nur 50 Pf.  
Erdbeeren, vorzüglich . . . 1/4 Dose nur 100 Pf.

**Apfelsinen, vollsaftig, zuderfüß**

2 Stück nur 17 Pf.	10 Stück nur 82 Pf.
2 Stück nur 11 Pf.	10 Stück nur 55 Pf.
2 Stück nur 8 Pf.	10 Stück nur 38 Pf.

Ihre Weihnachtsfeiern, geben mit den Vorkaufs-  
vom Naverma-Haus, wird Ihnen wieder bewiesen haben,  
das Sie bei uns wertvolle Qualitätswaren für wenig  
Geld kaufen. Sagen Sie es, bitte, Ihren Bekannten!

**Naverma-Haus**  
Großhandels-G. m. b. H.

**Wir empfehlen:**

Merfeinste Tafelbutter . . . Pfd 210 Mk.	Schlagobne . . . . . Liter 280 Mk.
Molkereibutter . . . . . Pfd 200 Mk.	ff. Kaffeebohne . . . . . Liter 140 Mk.
hochfeinen Emmentaler Käse . Pfd. 1.80 Mk.	in Portionsfläschchen . . Stück 0 23 Mk.
Filthakäse ohne Rinde . . . Pfd. 1.80 Mk.	ff. saure Sahne . . . . . Liter 140 Mk.
ff. Camembert in Schachteln Stück 0.40 Mk.	in Portionsfläschchen . . Stück 0 23 Mk.
ff. Romabur-Käse . . . . . Stück 0.25 Mk.	
ff. Sahnehäkäse . . . . . Stück 0.40 Mk.	
Emmentaler in Schachteln . . Stück 1.20 Mk.	
Frühstücks-Käse, feinste Delikatess . . . . . Stück 0 15 Mk.	
Grünländkäse . . . . . Stück 0.50 Mk.	
Großer Korbkäse . . . . . Stück 0.18 Mk.	
Harz-Käse . . . . . Stück 0.09 Mk.	

Zu haben in unseren familiären Verkaufsstellen und  
Verkaufsmengen.

**Halberstädter Molkerei A.-G.**

**Zu Silvester**  
machen wir auf unsere vorzügliche

Schlagobne . . . . . Liter 280 Mk.	Abonniert die Halbmonatsschrift
ff. Kaffeebohne . . . . . Liter 140 Mk.	„Der Klassenkampf“
in Portionsfläschchen . . Stück 0 23 Mk.	(Marxistische Blätter)
ff. saure Sahne . . . . . Liter 140 Mk.	Bezugspreis monatlich nur 75 Pf.
in Portionsfläschchen . . Stück 0 23 Mk.	Probhefte u. Prospekte durch Volksbuchhandlung

zur Bereitung von Heringsalat  
aufmerksam.

**Halberstädter Molkerei A.-G.**  
Abonniert die Halbmonatsschrift  
„Der Klassenkampf“  
(Marxistische Blätter)  
Bezugspreis monatlich nur 75 Pf.  
Probhefte u. Prospekte durch Volksbuchhandlung  
Halberstädter Tageblatt, Domplatz 48

**AusWernigerode**  
Betrodung von Eintommensteuermarken  
betreffend.

Bogen zum Einführen der Eintommensteuer-  
marken sind in unserer Steueramt (Zimmer 6 des  
Rathhauses) erhältlich.

Wernigerode, den 27. Dezember 1927.  
Der Magistrat, Dr. Geppel.

Nach Bestimmung durch den Regierungs-  
präsidenten ist der Polizeiverwaltungsamtsleiter  
Karl Bartels am Ort als Polizeibetriebs-  
offizier am 30.12.27 mit der Einweisung angeheft  
Wernigerode, den 28. Dezember 1927  
Der Magistrat, Dr. Geppel.

Am Freitag, den 30. d. Mts., nachmittags  
4 Uhr werden in der „Reinhardt-Schule“ in  
Wernigerode von den an der Lotterei gefällige-  
nen Verwandlungen von der Nationalen bis zu  
Werte 273 Mk. an 20 und 30 Mk. Wert,  
Geld, Abon. Eren und Weiden öffentl. meist-  
bietend eine Bekanntmachung des Bierereies gegen  
Vorkahlung verfertigt.  
Ausgehoben werden die Lose nach den in der  
Kaufanzeige in den Versteigerungsbüchern vorhandenen  
Bedingungen.  
Versteigerungstermin am 31. d. Mts., vorm.  
8 Uhr am Schloßhof.  
Wernigerode, den 28. Dezember 1927.  
Der Magistrat, (Bauverwaltung).

**Bekanntmachung.**  
Der Verteilungsplan des Landbuchvertrages  
für 1. Juli 1928 bis 30. Juni 1929 liegt in  
der Zeit von 28. Dezember 1927 bis 11. Januar  
1928 im hiesigen Amtszimmer Nr. 4 in den  
Vormittagsstunden zur Einsicht der Be-  
teiligten aus Einlage-Einrichtungen und nach  
§ 23 a. 2. binnen 2 Wochen nach Bestimmung  
der Auslegung bei dem Unterezeichneten einzu-  
reichen.  
Wernigerode, den 27. Dezember 1927.  
Der Gemeindevorsteher, K. H. f.

**Zum Silvester!**  
feinster Heringsalat mit Mayonnaise 1/4 Pfd. 25 Pf.  
feinster Fleischsalat mit Mayonnaise 1/4 Pfd. 35 Pf.  
Salzheringe, Kapern, Sardellen,  
rote Rüben, Perlzwiebeln billig!

**Südweine spottbillig**  
feinste Qualitäten, garant. rein, alles lose vom Faß!

Tarragona feinstes 1/2 . . . per Str. 1.20 Mk.
la Inlet Gamos . . . . . per Str. 1.40 Mk.
Orieutischer Mustat goldgelber, . . . per Str. 1.40 Mk.
la Bisthaum Cabinet . . . per Str. 1.75 Mk.
einheitsmäßig Steuer
Apfelwein . . . . . per Str. 0.40 Mk.
Grt. Franziskaner Apfelwein per 0.50 Mk.
Blüde 1/4 Str. 3.50 Mk. 1/4 Str. 1.80 Mk.
Rum, Rognat Arrat

**Ernst Michau**  
Wefernstr. 30. Fernruf 557.

**Lehrling**  
steht zu Diensten ein  
Buchdruckerei  
Wib. Bergmann  
Eisu- u. Bettent  
Stahlmatr., Kinderbett,  
günst. an Priv. Kat. 881 fr.  
Kassendirektor Rühl (Thür.).

**Billig erhalten Sie:**  
**Rund-Holz**  
Piassava-Besen  
extra stiel und voll ge-  
eisen, in prima Qualität  
bei  
**Richard Rößler**

# S \* p \* o \* r \* t

## Nicht Weltrekorde, Massensport wollen wir.

Die Aufgabe des Arbeiter-Turn- und Sportbundes liegt darin, die Massen zur Pflege geregelter Leibesübungen heranzuziehen. Er will nicht das Herausragen Einzelner aus der Sportermittlung, er will nicht einzelne Lebermenschen schaffen, während die übergroße Mehrzahl nur mitläuft; er will durch systematische Gesamtumgestaltung des gesamten Lebens die Erreichung dieses Zieles ermöglichen. Und darin geht es wieder einig mit den Bestrebungen und dem Ziel der Arbeiterbewegung. Der Kampf der Arbeiterklasse geht nicht darauf hinaus, Einzelnen eine besonders gute Stellung zu schaffen und sie herausragen zu lassen über die Masse der Arbeiter, sondern er will die Bege der Gesamtarbeiterschaft und Angehörigen heben, jenseit das heute überhand in der kapitalistischen Gesellschaft möglich ist. Als Arbeiter müssen wir sehr gut, daß erst nach Überwindung der kapitalistischen und Erringung der sozialistischen Gesellschaft, also nach Beseitigung der Produktionsmittel und planmäßig organisierter Arbeit bei höchster Ausnutzung aller technischen und wissenschaftlichen Hilfsmittel im Interesse aller eine wirkliche Hebung der Gesamtleistung möglich ist. Dieser allen die wirkliche Lust und Freude am Leben zu geben, die nur bei gebunden Menschen sich äußert, das muß die Aufgabe einer planmäßigen und systematischen Körperpflege aller sein.

Darin besteht eben der wesentliche und grundlegende Unterschied gegenüber dem Streben der bürgerlichen Turn- und Sportvereine auf Schöpfung von Sportstätten, von Leberorganen, was ganz der bürgerlich-innerlichen Denweise entspricht: Herausragungen aus der Masse als Einzelgänger. Schon das erste Arbeiterturnfest 1922 in Leipzig und das erste Arbeiterolympia 1925 in Frankfurt haben deutlich gezeigt, daß der Arbeiter-Turn- und Sportbund auf dem richtigen Wege ist. Was hier geboten und gezeigt wurde, das waren — nach der bürgerlichen Sportpresse — hervorragende Allgemeinleistungen. Gerade diese Allgemeinleistungen, dieses Massenstreben entspricht dem Streben und Ziel, entspricht dem Geist und Sinn des Arbeiter-Turn- und Sportbundes als Glied der gesamtlichen Arbeiterbewegung, wodurch zugleich auch der beste Beweis für die Notwendigkeit und Fortentwicklung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes und die Wichtigkeit seines praktischen Strebens gegeben ist.

Es ist ganz logisch: Keine Bewegung, die als Ziel den Anteil aller an den von Menschen Hand und Geist erzeugten Kulturwerten hat, muß die Augenmerk selbstverständlich auch darauf richten, durch förmliche Beroollkommenung, durch die harmonische Ausbildung, gesunde und gesunde Menschen zu schaffen, um das Glück erst zu einem vollständigen werden zu lassen. Nur im engsten tatsächlichen Zusammenhang von Arbeiter-Turn- und Sport- und Arbeiterbewegung, nur durch ein von tiefer gemeinsamer Erkenntnis der Notwendigkeiten getragenes gegenseitiges Vertrauen können im Interesse der Arbeiterklasse diese gesunde und hohe Kulturleistung gelöst werden.

## Auf Sprungfedern. Neues Spiel- und Sportgerät.



Der „Siebenmellenstiel“

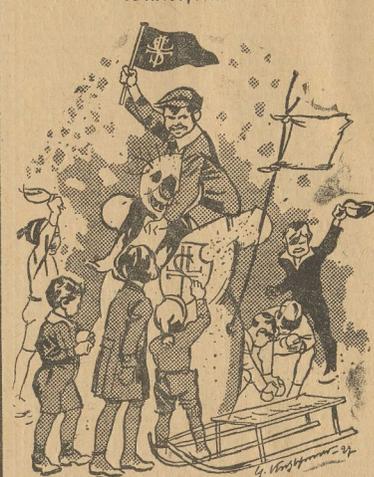
des Ingenieurs Eier aus Hannover zählt zu den am weitesten sportlichen Erfindungen. Bald wird Welt und Jung einen „sehreren Gang“ haben und lustig auf jedem Gelände hüpfen.

## Schwerathletik: Bogen: Artstift.

Ring-Sportverein 1911. Am Freitag, den 17. d. Mts. hielt der Ring-Sport-Verein 1911 im „Schützenwall“ seine diesjährige Generalversammlung ab. Der Jahresbericht zeigte, daß es dem Verein gelungen ist, seinen Ruf in sportlicher Hinsicht weiter zu steigern. Das bewies auch stets der gute Besuch der Veranstaltungen. An Städte-Wettkämpfen im Ringen war der Verein 9 Mal und an Bezirkswettkämpfen 4 Mal beteiligt. Am meisten war die Artstift-Abteilung beschäftigt. Sie wickelte bei 21 Veranstaltungen mit 60 Nummern bei heftigen und auswärtigen Vereinen mit. Die Hauptveranstaltungen im vorjährigen Jahre waren: Am 1. Ostertag anlässlich des 40jährigen Sportjubiläums des Gründers der Artstift-Abteilung Gen. Karl Fiedler, der Artstift-Wettkampf am 18. September der Länderwettkampf mit Frankreich. Diese beiden Veranstaltungen haben bewiesen, daß der Ring-Sport-Verein weder Mühen noch Kosten scheut, seinen Freunden nur Gutes zu bieten. Am Ende des Jahres haben verschiedene tüchtige Sportgenossen in Folge der Verschlechterung des Vereins verlassen müssen, u. a. auch der vorjährige Vorsitzende, Gen. Karl Brauns. Ihm, sowie allen verstorbenen Genossen sei für die tatkräftige Mitarbeit gedankt. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Nach Erledigung verschiedener Angelegenheiten, wie Festlegung des Mastenballens am 11. Februar und des Länderwettkampfes im Bogen mit Aufschlag, schloß der 1. Vorsitzende mit einem „frei heil“ auf die Arbeiter-Sportbewegung die frohlich verlaufene Generalversammlung. — Kommenden Freitag wird wieder trainiert. Sämtliche Sportler haben im Schützenwall zu erscheinen. Vor allem die Bogen, da der Länderwettkampf im Bogen mit Aufschlag voraussichtlich im ersten Viertel des neuen Jahres stattfinden. Sämtliche für familiäre Sparten — Ringen, Heben, Bogen, Artstift und Judo-Sifu — werden in der Leistungsprobe entgegenkommen. Am 11. Februar veranstaltet in sämt-

lichen Räumen des Schützenwalles der Verein einen großen Mastenball. Aus diesem Grunde findet am Freitag im Leistungslokal eine Besprechung statt.

## Winterfreuden



lernt die Jugend kennen im Arbeiter-Turn- und Sportbund

## Turnen: Leichtathletik.

Die freie Turn- und Sport-Vereinigung Wedderleben hielt im Lokal Heilmann ein Winterturnen ab, das in jeder Hinsicht glänzend verlief. Die außerordentlich guten Leistungen der Turnerinnen und Turner fanden den ungeteilten Beifall der zahlreich erschienenen Zuschauer. Ein Vortrag, den die Turnerin G. Hartort sprach, leitete den Abend ein. Der Vorsitzende Karl Strauchhausen begrüßte in seiner Ansprache die Besucher. Dann kamen Besprechungen der Kinder und Schülerinnen. Sportgenosse Weißhaupt hatte mit viel Sorgfalt die Darbietungen einstudiert. Langspiele der Schülerinnen und vor allem ein Pferdchenpiel von 3 Schülerinnen gingen mit rauschendem Beifall über die Bretter. Ein lustiger Quartier „förgte für die Bewegung der Dachstühle. Darauf trat die Jugendriege mit Freübungen auf, die ohne Fehl durchgeführt wurden. Das Gleiche gilt für das Barrenturnen der ersten und der zweiten Riege. Die Damen boten gymnastische Übungen und gellten ebenfalls ihr tüchtiges Können am Barren. Den größten Beifall fanden wohl die Ring- und Freübungen und ein Zusammenspringen der Turner. Schließlich trat noch die erste Riege am Reck an und bot ausgezeichnete Leistungen. Ein sehr harmonischer Ball beschloß den Abend, der wiederum ein Erfolg für die Arbeiterturnfrage war.

## Eine Frau mit 10 Weltrekorden.

Die beste deutsche Motorfahrerin.



Hanni Köpfer

sind zehn Weltrekorde der Klasse IV bis 125 ccm zugeprochen worden. Die junge Motorradfahrerin scheint unbesiegt zu sein, des Bundesrats gewählt. Es ist das erste Mal, daß eine Frau

## Fußball.

Jeankurt Weßend Kreisrichter (8. Kreis) von Hesse-Nassau. Am Schlußspiel vorer Sperdbunden gegen Weßend 3:1. Das Spiel wies unruhige Momente auf. Die Meistermannschaft verlor teils aus den Befähigungsspielen, lediglich eins verließ ungenügend.

Kreisrichter-Schiedsrichter am 14. Kreis (Schleien). Da der Zwischenrunde um die Kreisrichter-Schiedsrichter (Schleien) die Freien Sportfreunde Gleiwitz 4:2 (2:1). Große Räte und hoher Schnee beeinträchtigten den Spielverlauf.

## Radsport.

Oesterreichs Arbeiter-Radsportverband ist die ausgedehnteste Sportorganisation des Landes. Der Juniabend von 1000 Mitgliedern im Jahre 1926 wird 1927 durch den Beirath des 800 Mitglieder zählenden heimischen Arbeiter-Radsportverbandes bei weitem überboten. In Wien fand 2000 Mitglieder anläßlich. Die Landeskommission ist auch an der Tagung der internationalen Konferenz. Besondere Start wird im Winter der Saisonsport gepflegt. Keine einer vielerhörenden Zukunft birgt die ein Jahr bestehende Motorradabteilung, die in Stadt und Land sich einer steigenden Mitgliederzahl erfreut.

Deutscher Arbeiter-Theaterbund. Heute Donnerstag abend 8 Uhr Generalprobe für das Spiel zum 31. 12. im Gaißhaus. Morgen Freitag abend 8 Uhr Leistungsabend im Vereinslokal. Alle aktiven Spieler werden benötigt, Stellungsprobe vom „Strandboot“ und „Stimmen der Zeiten“.

## Notizen.

Begehrte Ware im „Amateurreich“ des Deutschen Fußball-Bundes. Um den internationalen Spieler Hofmann von Meerane 1. Ca. herrscht heißes Liebeswerben.

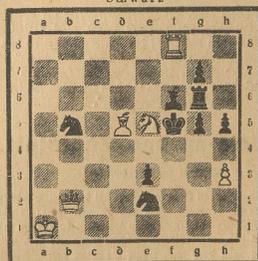
„Ich denke vorläufig nicht daran, von Meerane wegzugehen“, schreibt er. „Angebote verlockender Art werden mir allerdings aus Dresden, Chemnitz, Hamburg und anderen Großstädten bei täglich schriftlich u. mündlich gemacht. Zur Erledigung derselben werde ich mir demnächst einen Sekretär zulegen müssen.“

Und der „Kampf“, Dresden, läßt den bei: In so einem kleinen Kreis, wie Meerane, können natürlich die Einführer großer auswärtiger Vereine nicht so unauffällig kommen und gehen wie etwa in einer Großstadt. Wir werden ebenfalls in nächster Zeit eine Liste von interessierten Herren veröffentlichen, die mehr als gewöhnliches Interesse für den westfälischen Internationalen hier betonen. Derselbe bleibt also „vorläufig“ hier und spielte am Sonntag mit in einer Vereinsmannschaft gegen den B. f. B. Gladbach. — Nur immer heraus mit der Liste interessanter Herren als Einführer. Wird dadurch auch kein Agitationslauf gefahren, so ist es doch interessant, die Herrschaften kennen zu lernen, die Amateure „kaufen“.

Die Aufstufungsfest 1927 für das Männer- und Jugendturnen im Gebiet des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Zuerst trat der Lehrgang an der Arbeiter-Turn- und Sportstätte in Leipzig fanden 10 Kurie statt. Ihre Dauer war verschieden, nicht mehr als 6 Tage und nicht weniger als 2 Tage. Folgende Statistik ist bei den Lehrgängen aufgenommen worden: Teilnehmer insgesamt 274, eine Bundeszeitung lesen 286, eine Arbeiterzeitung 272, Politisch sind organisiert 182, Gewerkschaftlich organisiert sind 247, Mitglieder der Kurie sind noch 165, Schwimmen können (3 Stunden) 205, Raucher sind 207, Alkohol trinken 251. Diese Statistik zeigt aber als viele Worte, nur noch Arbeit zu leisten ist. Festgestellt wird auf der ganzen Linie ein Fortschritt gegenüber den vorjährigen Jahren. Vor allem hat die Zugehörigkeit zu Gewerkschaft und Partei zugenommen, auch weiß der Kirchenausritt ein gutes Bild auf. Es muß dabei in Betracht gezogen werden, daß Kurie in ihrem religiösen Bestandteilen, wie in Bayern, Oesterreich und in Rheinland Pfalz sind.

## Schach = Eck

E. Löbel, Dresden.  
I. Preis, II. Intern. Arbeiter-Problemturnier, Berlin 1927.



Schwarz  
Weiß  
Matt in 3 Zügen.

Lösung zur Aufgabe von Buchmann aus der vorletzten Nummer.

1. La7-g1 e4-e5; 2. Lg1-f2, e5x1f2; 3. e2-e4ff.

Ein reizendes, kleines Stüchchen. Es ist nicht gerade schwierig, aber doch interessant. Wir brachten hiermit erstmalig einen Dreizüger, von jetzt ab wollen wir auch diese Aufgaben mehr berücksichtigen.





# Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

**Bezugspreis** halbjährlich 1 Mark einschließlich Fringeloge, bei Selbstabholung 30 Pfennig. Erscheinungsfreie und sonst mittlere, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Adressen und Agenturen entgegen genommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Dömling 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Zeitung, Adolf Weber, O. m. B. G. Verantwortl. für Inhalt u. Wirtschaft: Kurt Wolfenbühler, für den übrigen Teil: Richard Walltheis, für Name u. Inhalt: Karl Zreff, sämtl. in Halberstadt.

**Anzeigenpreis** die achtspaltige Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Rufanzeige 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Aufnahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Dömling 48 (Fernruf Nr. 2314), Postfach 20, Magdeburger Straße 426 und Postfach 426 (Telegraphenamt) Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 305.

Freitag, 30. Dezember 1927.

2. Jahrgang.

## Steht gerüstet, seid bereit!

Die Neuwahlen künden sich an.

In den letzten Tagen hat sich in der Berliner Presse wieder einmal eine Debatte über den Termin der Neuwahlen zum Reichstag entzündet. Dabei zeigte sich, mit welcher Angst die Deputierten in den Wahlen entgegenstehen. Sie selbst sind von ihrer fatalistischen Niederlage selbstverleugert und mühen deshalb die Wahlen möglichst weit hinauszuverschieben oder — wenn es ginge, überhaupt nicht wählen lassen. Aber schließlich bestimmen sie nicht darüber allein. Die Festlegung des Wahltermins richtet sich letzten Endes nicht nach der Wahlansicht der deutschen Nationalen, sondern nach den politischen Potenzen in — und die sprechen dafür, daß der gegenwärtige Reichstag im Frühjahr oder im Frühjahr 1928 sein Ende erreicht.

Die nächste Wahlansicht fällt heute morgen in diesem Zusammenhang mit, daß sich der Augenblicker Freisinn bereits in Ausmaßigen Ausschuss über die Bedeutung des Termins der Reichstagswahlen ausgesprochen habe. Dabei sei niemals davon die Rede gewesen, daß die deutschen Wähler vor den französischen Wahlen stehen sollten, wohl aber davon, daß es wünschenswert sei, zur Regelung mancher außerparlamentarischer Angelegenheiten nicht im entscheidenden Moment nach der Neuwahl zu stellen, wodurch die Aktionsfähigkeit einer Regierung naturgemäß international behindert werde. Im übrigen, so erklärt die „Tagespost“, dürfte zugunsten der Neuwahl, nachdem die Minister wieder in Berlin angetroffen sein werden, sich mit der Frage der Neuwahl beschäftigen dürfte.

Die Sozialdemokratie ist vor Überforderung geschützt. Sie steht gerüstet da, um sofort den Kampf zu führen. Je länger aber die „nationalen“ Parteien die Entscheidung hinauszögern, um so härter wird die Abrechnung sein.

## Neue Welle der Erwerbslosigkeit.

Wieder eine Million Arbeitslose.

Die Arbeitslosigkeit hat in der ersten Hälfte des Monats Dezember weiter zugenommen, wobei die starke Kälte und die dadurch bedingte Unterbrechung fast jeglicher Außenarbeit eine große Rolle spielte. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung stieg von rund 605 000 am 30. November auf 831 000 am 15. Dezember, also um 226 000 oder 37,4 v. H. Der Zuwachs entfällt in der Hauptsache auf die männlichen Arbeitslosen, deren Zahl von rund 507 000 auf 709 000, also um 202 000 zunahm. Bei den weiblichen Arbeitslosen betrug die Steigerung nur 24,4 v. H. Die Zahl der Arbeitslosen im gleichen Zeitraum um rund 24 000 (von 117 000 auf 141 000) oder um 20 v. H. Die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen ist somit von 750 000 auf rund 1 Million gestiegen (bzw. von 150 000 Franken). Die Zunahme beträgt also insgesamt rund 250 000 oder 33,5 v. H.

## Befoldungsreform u. Lohnsteuer.

Von Paul Herz.

Die Beschlüsse des Reichstages zur Lohnsteuer stehen mit dem Wortlaut und dem Sinn der Ley Brünning in höchstem Widerspruch. Das wird von niemand ernsthaft bestritten. Die Rechtsposition behauptet jedoch, unter dem Zwang der Länder gehandelt zu haben, denen die Vorlage der Reichsregierung noch zu weit gegangen sei. Auch die Sozialdemokraten in den Länderregierungen seien im Gegensatz zu ihren Gefährten im Reichstag gegen die Erfüllung der Ley Brünning gewesen. Diese Behauptung ist falsch. Es gibt keine Länderregierung, in der die Sozialdemokratie eine Mehrheit hat. Nur in einem einzigen Lande (Westfalen-Schwerin) stellt sie den Finanzminister. In Preußen haben die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung sich für die lokale Erfüllung der Ley Brünning eingesetzt, blieben aber in der Minderheit. Die Entscheidung des Reichstages gegen die Ley Brünning ist also nicht auf sozialdemokratischen Einfluß zurückzuführen.

Die Länder waren stets aus tatsächlichen Gründen Gegner der Verringerung des Ertrags der Lohnsteuer. Sie erhalten nach dem Finanzgesetz 75 Prozent der Einnahmen aus der gesamten Einkommen- und Körperschaftsteuer. Es höher deren Ertrag ist, um höher sind die Überweisungen, die sie aus der Reichskasse erhalten. Sie widerlegen sich daher jeder Befürchtung ihrer Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Das haben sie auch anlässlich der Befoldungsreform getan. So verständig die Sorge der Länder für die Aufbringung der Mittel für die Befoldungsreform auch ist, so wenig Verständnis kann man dafür haben, daß die Kosten dafür den Wirtschaftlichen Schwächen auferlegt werden sollen. In den ersten Verhandlungen des Reichstages hat die Zentrumspartei den gleichen Standpunkt eingenommen. Ihr Redner erklärte es für unerträglich, einen Teil der Kosten der Befoldungserhöhungen durch die Lohnsteuer zu decken.

Trotzdem hat man es getan. Der Reichsfinanzminister Dr. Köhler hat zwar bestritten, den Ländern zugebilligt zu haben, daß sie den Mehraufwand der Befoldungsreform durch erhöhte Einnahmen aus der Lohnsteuer decken können. Sein tatsächliches Verhalten aber widerpricht dem. In dem Etat für 1928 hat er 100 Millionen mehr als die Ley Brünning geteilt. Zusätzlich wird sie einen noch größeren Ertrag liefern. Dadurch hat man den Widerstand der Länder gegen ein befehlendes Reichsgesetz als berechtigt anerkannt. Ebenso scheint die späte Einbringung des Gesetzeswurfs über die Lohnsteuer auf der Erwägung beruht zu haben, daß durch diese Maßnahme die Befoldungsreform nicht gestört werden dürfte. Auffällig ist auch, daß die Länder die ursprüngliche mit großer Energie vertretene Forderung auf Verringerung des Finanzausgleichs stillschweigend fallen gelassen haben. Selbst Bayern hat das getan, obwohl es behauptet hatte, durch die Befoldungsreform werde es finanziell zugrunde gerichtet, wenn keine Verringerung des Finanzausgleichs erfolge. Zur Erklärung für diese auffällige Schwächung Bayerns hat der Führer der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei, Abg. Leichter, vor einigen Tagen auf dem Parteitag der Ley Brünning auf hingewiesen. Die Bayerische Volkspartei hat dem Zentrum heute bereits in den letzten Wochen für Bayern ihre Stimme geteilt. Das ist das deutliche Eingeständnis, daß eine Abrede bestand, nach der wenigstens ein Teil der Kosten der Befoldungserhöhung von den Lohnsteuereinzählern getragen werden sollten.

Die Länder aber haben die Zustimmung der Ley Brünning auch bekämpft, weil sie die Finanzwirtschaft der Länder und Gemeinden gefährde. Aber auch dieser Standpunkt ist unhaltbar, solange man nicht die Ley Brünning überhaupt beilegt. Besteht dieses Gesetz, so haben die Lohnsteuereinzähler einen Rechtsanspruch auf seine Ausführung, also auf die Begrenzung des Gesamtertrages von 1200 Millionen jährlich. Nichts anderes wollte der sozialdemokratische Antrag erreichen. Durch die von ihm vorgeschlagene Erhöhung des steuerfreien Betrages wäre eine entsprechende Erhöhung der Steuer eingeleitet, sondern nur ihre Anpassung an die veränderten Preis- und Lohnverhältnisse. Die Erhöhung der Höhe seit Januar 1928 ist nämlich keine Erhöhung des Realeinkommens, sondern nur der Ausgleich für die Erhöhung der Kosten der Lebenshaltung. Trotzdem ist in dieser Zeit die Befoldung der Lohnsteuer durch die Lohnsteuer nicht nur abfolgt, sondern auch relativ gestiegen. Am Durchschnitt beträgt diese Erhöhung ein Prozent des Lohnes. Durch den sozialdemokratischen Antrag sollte lediglich in völliger Übereinstimmung mit dem Grundgedanken der Ley Brünning diese ungewollte Erhöhung der Steuerbelastung rückgängig gemacht werden.

Gerade dagegen aber wehrten sich die Länder. Sie behaupteten, eine Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages sei unerträglich, weil sie weitere Millionen gering bezahlter Steuerpflichtiger freisetze mache. Dieser Einwand ist ebenfalls abwegig. Seit Januar 1926 sind durch die Erhöhung der Nominalhöhe Millionen Arbeitnehmer, die damals infolge von niedriger Einkommen freier waren, steuerpflichtig geworden. Nach der Statistik der Sozialversicherungsämter waren im Januar 1927 noch 100 Millionen in der Lohnsteuer (Wohlfahrtsbeitrag) über 30 Mark 32,9 Prozent, im Oktober 1927 über 43,7 Prozent. Allein in den zehn Monaten des Jahres 1927 — für 1928 liegen keine Zahlen vor — sind also fast 11 Pro-

## Die französische Partei rüstet zum Wahlkampf.

Der zweite Tag des außerordentlichen Parteitages der französischen Sozialisten war mit der Diskussion des Programms ausgefüllt. Neben leibenswärtigen Auseinandersetzungen über die außerparlamentarischen Forderungen der Partei galt es vor allem dem Problem des Verhältnis zum

des Donnerstag schließlich eine einstimmige Stellungnahme hinsichtlich der Wahlpolitik erlassen wurde.

Die „Erfüllung“ eines Delegierten über das angebotene Angebot einer Betrugsguppe, den Arbeiterstand des Parteifaktors „Populäre“ sicherzustellen, löste bei den Kongreßteilnehmern allgemeine Heiterkeit aus.

## Es bleibt beim alten.

Das Ertragswesen in der Reichswehr.

Am 16. Dezember 1926 hat der gegenwärtige Reichsminister Dr. Marx in Erwiderung auf eine Rede des Reichswehrgenossen Scheidemann im Reichstag eine Erklärung über das Ertragswesen im Speere abgegeben. In ihr heißt es u. a., daß „zurzeit geprüft wird, ob und inwieweit Veranlassung vorliegt“, Änderungen der für das Ertragswesen geltenden Bestimmungen



Am 1. Januar 1928 einen neuen Ausnahmestatu für die Ausfuhr niederländischer Eisenkohlen nach der Tschechoslowakei ein. Der ermäßigte Tarif tritt nur dann in Kraft, wenn die Verbilligung nicht ungeschädigt 30 Prozent aus. Daneben hat die deutsche Reichsbahn eine Verringerung des Kalkulationszins für die Verbringung niederländischer Eisenkohlen nach dem Dillenberggebiet vorgenommen. Angesetzt beträgt die Frachtkosten für den Versand von Niederhessen nach dem Lettiner Wirtschaftsgebiet 5 bis 11 Prozent. Bei der Verringerung des Kalkulationszinses handelt es sich einmal um eine Siffonstanz für das niederländische Revier, des anderen um eine ausgeprägte Kampfmaßnahme gegen den Import englischer Kohle, die in den letzten Wochen auch in den Dillenberggebieten ständig zugenommen hat.

Partei und Gewerkschaften.

In Frankreich, der Heimat des revolutionären Syndikalismus, herrschte bis in die jüngste Zeit eine fast unangenehme Zusammenarbeit zwischen dem Gewerkschaftsbund und der Sozialistischen Partei. Man wird sich daran zurückführen dürfen, daß die eigentliche Gewerkschaftsarbeit im Vergleich zu den Leistungen der mitteleuropäischen oder der englischen Organisationen geringere Erfolge aufzuweisen hatten als die politische Propaganda. Die von den Kommunisten herbeigeführte Spaltung der Partei und des Gewerkschaftsbundes hat nun in dieser Hinsicht eine bemerkenswerte Folge gehabt. Während die Sozialistische Partei durch die Spaltung fast gelähmt wurde, hat der französische Gewerkschaftsbund als eine syndikalistische oder anarchoistische Organisation an die kommunalistischen Gewerkschaftsverbände verloren, wobei er zwar zahlenmäßig geschwächt, aber in seiner Aktionsfähigkeit gestärkt wurde. Heute hat die CGT ihre Stellung so weit befestigt, daß sie, ohne auf Widerstand zu stoßen, eine gewisse Unabhängigkeit von der ihr weiterhin nachstehenden Sozialistischen Partei manifestieren kann. Sie hat das mit großer Deutlichkeit in ihrem unangenehm veröffentlichten Programm getan, das neben rein gewerkschaftlichen auch wirtschaftliche und politische Forderungen allgemeiner Natur enthält. Die radikale Partei Frankreichs hat dieses Programm ohne Einschränkung für die kommenden Wahlen akzeptiert, während die Sozialisten es als Kundgebung der Arbeitergewerkschaften nur ablehnten.

Die Diskussion über die Fragen ergab nun, daß die Mehrheit der Sozialistischen Partei es ablehnt, das von der CGT aufgestellte Programm zu übernehmen, weil sie — wie Symont ausführt — nicht zulassen kann, daß der revolutionäre Sozialismus in Frankreich durch eine Bewegung ersetzt wird, die den Gewerkschaftsdenken im bürgerlichen Staat verankert will.

Am Mittwoch begann der Kongreß die Debatte über die Taktik der Partei bei den bevorstehenden Wahlen. Die meisten Delegierten forderten, daß den lokalen Verbänden weitgehende Handlungsfreiheit gelassen werde, da sie wohl am besten darüber entscheiden könnten, welcher Kandidat die größte Aussicht habe, den reaktionären Gegenkandidaten aus dem Felde zu schlagen.

Es fanden sich dabei drei Thesen gegenüber. Der Abgeordnete Renaudil sprach sich unvorbereitet für die Wiederherstellung des Einheitspartei aus, schon jetzt müsse man mit der Radikalen Partei in Verhandlungen eintreten, um sich über eine gemeinsame Taktik zu mindern. Beim zweiten Wahlgang für zu vermeiden. Die Frage der Beteiligung der Sozialisten an einer Vorkandidatur geregelt werden müßte, ist selbstverständlich, zumal es im Interesse des zu erwartenden Einflusses notwendig ist, das Kabinett der nationalen Einheit nach den Wahlen zu stürzen.

Der Führer des linken Flügels Symont, trat dagegen für eine „Einheitsfront des Proletariats“ ein und befürwortete eine gemeinsame Wahlfront mit den Kommunisten. Lebas verlangte für mehrere Ortsgruppen des nordfranzösischen Industriegebietes, daß die sozialistische Partei den Wahlkampf unabhängig führe und überhaupt kein Wahlbündnis einginge. Der Generalsekretär Paul Faure schloß die Debatte mit der Erklärung, daß im Kampf

Der Waldmann.

Es ist nicht einmal ein Schloß mehr. Ein Baum hoch über dem Meeresspiegel steht der Waldmann. — wie der alte Waldmann, wenn er nicht nicht erfinden, um seinen Sohn hoch über dem Meeresspiegel zu sehen. — wie der alte Waldmann, wenn er nicht nicht erfinden, um seinen Sohn hoch über dem Meeresspiegel zu sehen.